

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHEBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 40 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2,40 Mark vierteljährlich inkl. Bestellgeld. Streifband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 3; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Lauffer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaubachstraße 25



Singer
Nähmaschinen
MIT MOTOR U. NÄHLEICHT
Erleichterte Zahlungsbedingungen
SINGER NÄHMASCHINEN
AKTIENGESELLSCHAFT

In Leipzig
C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)
S 3, Südstr. 26
W 31, Zschochersche Str. 24
N 22, Hallische Str. 97
O 30, Eisenbahnstr. 84

Die Lage der rumänischen Juden

Mit Recht horcht die jüdische Öffentlichkeit in der ganzen Welt gespannt auf die Trauernachrichten aus Rumänien. Dieses Land, seit jeher eine Brutstätte des Judenhasses und Kampfplatz der ihre eigene Herrschaft sichernden Feudalen gegen die Juden, hallt jetzt wider vom Geschrei randalierender, plündernder und mordender antisemitischer Banden, die von Halbintellektuellen aufgeputscht wurden. Jedoch besteht zwischen den antisemitischen Ausschreitungen in den letzten Monaten in Rumänien und den Exzessen gegen die Juden, wie sie in früheren Jahren vorgekommen sind, ein großer Unterschied. Damals waren es dünne herrschende Schichten, die immer wieder mit Erfolg versuchten, die Empörung der Bauern von sich auf die Juden abzulenken. Zwischen dem rumänischen Volk und den Juden aber gab es keine prinzipiellen Gegensätze, die zu einer Explosion hätten führen müssen. Das Land war primitiv, die Wirtschaft wenig entwickelt, ein Mittelstand, aus christlichen Rumänen bestehend, war nicht vorhanden, eine Genossenschaftsbewegung existierte nicht einmal in der Theorie — die wirtschaftliche Rolle der Juden als hauptsächlich Vertreter des Handwerker- und Handelsstandes war unerlässlich für die Gesamtwirtschaft. Die politische Entrechtung — die Juden galten auch vor dem Gesetze als Fremde — war zwar sehr unangenehm, wirtschaftlich jedoch konnten die Juden in Rumänien existieren.

nämlich heraus, was übrigens für die Judenheiten in der ganzen Welt zutrifft, daß die Judenfrage nicht nur eine politische und kulturelle, sondern daß sie vor allem eine spezifisch wirtschaftliche, und zwar nicht nur wirtschaftlich im Sinne der Staats- oder Weltwirtschaft, sondern jüdisch-wirtschaftlich. Da die Juden in Rumänien, genau so wie in allen Ländern der Welt, hauptsächlich dem Mittelstande angehören und die Tendenz in der ganzen Welt zu einer Einengung der wirtschaftlichen Basis des Mittelstandes führt, so sind sie in Rumänien von der Entwicklung im Lande stärker betroffen als andere Schichten der Bevölkerung. Ueberdies sind sie Gegenstand schärfster Konkurrenz seitens des nichtjüdischen Mittelstandes, der sich rapid entwickelt. Sie haben also doppelt zu leiden: als Mittelständler und als jüdische Mittelständler.

Außerdem kommt in Rumänien noch ein Faktor dazu. Rumänien ist ein Agrarland und die Regierung muß selbstverständlich in erster Linie auf die Bauernschaft Rücksicht nehmen. Ähnlich wie in Polen ist in Rumänien der allgemeine Regierungskurs in der Steuergesetzgebung und in der wirtschaftlichen Förderung gegen die Stadt gerichtet. In Rumänien bedeutet jedoch Stadt, wie in Polen und in Litauen, nichts anderes als Juden. Also ist die Regierungspolitik, mag sie auch hundertmal erklären, daß sie nicht antijüdisch ist und nicht antijüdisch sein will, in ihren Auswirkungen scharf gegen die Juden gerichtet. Das zeigte sich in Rumänien in den letzten zwei Jahren besonders kraß. Die Regierung förderte sehr stark das bäuerliche Genossenschaftswesen durch Schaffung von bäuerlichen Zentralbanken, die die Aufgaben haben, die landwirtschaftlichen Verkaufs- und Einkaufsgenossenschaften finanziell zu unterstützen. Dadurch wurden automatisch die vielen tausenden jüdischen Händler und Krämer, die einerseits als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte, andererseits als Verkäufer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel ihre Existenz fanden, brotlos. Hinzu kam der furchtbare Preissturz auf dem Weltmarkt für alle Arten von Getreide. Hinsichtlich der Waren fand eine ähnliche Preisreduktion nicht statt. Der rumänische Bauer erzielte infolge der gesunkenen Getreidepreise für seine Ernte nur den dritten Teil dessen, was er sonst für sie bekam. Außerdem bedeutete die Bevorschussung seiner Ernte durch die Genossenschaften für ihn einen Anreiz, mit dem Verkaufe seiner Produkte zu warten. Dadurch wurden diese noch mehr entwertet und ihr Ertrag reicht kaum hin, um den Vorschuß der Genossenschaften samt den aufgelaufenen Zinsen zu bezahlen. Der Bauer ist in einer argen Notlage. Wenn er nun in die Stadt kommt und eine notwendige Ware kaufen

Heute sind die Verhältnisse in Rumänien durchaus andere. Zunächst ist festzustellen, daß die Juden bis auf eine geringe Ausnahme, die nicht ihre Zugehörigkeit zu einer rumänischen Heimatgemeinde nachzuweisen vermag, naturalisiert sind und wenigstens theoretisch die gleichen politischen Rechte genießen wie die andern Teile der Bevölkerung. In den gesetzgebenden Körperschaften, Kammer und Senat, sitzen jüdische Vertreter. Der allmächtige Großgrundbesitz ist, wie in keinem anderen Lande Osteuropas (abgesehen von Sowjetrußland) durch eine weitgehende Bodenreform seiner früheren Machtstellung entkleidet. Das rumänische Volk entwickelt in zunehmendem Maße einen Bürgerstand und die Regierung, seit zwei Jahren eine demokratisch-bäuerliche, hat sich redliche Mühe gegeben, demokratische Grundsätze im Lande zu verwirklichen. Man müßte nun meinen, daß parallel mit diesem unleugbaren Fortschritt des rumänischen Staates und mit seiner Modernisierung und Entbalkanisierung die Voraussetzungen für eine Sicherung der jüdischen Position gegeben sein müßten. In Wirklichkeit ist wohl der politische Status der Juden besser geworden, die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Juden aber haben sich außerordentlich verschlimmert. Es stellte sich

Chronik der Woche

Europareise Ussischkins und R. Ben Jamins. Jerusalem. Der Direktor des Keren Kajemeth, M. M. Ussischkin, der Direktor des Keren Hajessod, Arthur Hantke und der hebräische Schriftsteller Rabbi Benjamin haben sich auf die Reise nach Europa begeben.

11 russische Zionisten in Palästina eingetroffen. Jerusalem. An Bord des sowjetrussischen Dampfers „Tschitscherin“ kamen in Palästina 20 Fischer aus Saloniki und 11 ausgewiesene Zionisten aus Rußland an.

Gedenktafel für den jüdischen Bildhauer Otto Gutfreund. Prag. Am Geburtshaus des jung verstorbenen, in der tschechischen Öffentlichkeit hoch geschätzten jüdischen Bildhauers Otto Gutfreund wurde aus Anlaß der Wiederkehr seines Todestages eine Gedenktafel, ein Werk der Professoren der Prager Kunstgewerbeschule Dvorak, Janak und Kysela, angebracht.

Ein jüdisch-amerikanischer Maler porträtiert Professor Einstein. Berlin. Der Maler Elias M. Großmann aus New York, der seit einigen Tagen in Berlin weilt, hat, wie er der Jta mitteilt, ein Porträt von Professor Albert Einstein in Kupferstich hergestellt. Elias M. Großmann begibt sich von Berlin zum Besuche seiner Eltern nach seiner Geburtsstadt Kobrin in Polen.

Nathan Bijur, Richter am Obersten Gerichtshof in New York, gestorben. New York. Im Alter von 68 Jahren starb in seiner Geburtsstadt New York der Richter beim „Supreme Court of Justice“ in New York, Nathan Bijur. Justice Bijur nahm an der öffentlichen Wohlfahrtsarbeit, besonders auch an der jüdischen, Anteil. Er war einer der Treuhänder der Baron Hirsch-Stiftung und Mitglied der Congregation Bnei Jeschurun.

Dr. Fildermann sucht um Audienz beim König an Bukarest. Der Präsident der Union rumänischer Juden, Dr. Wilhelm Fildermann, hat telegraphisch bei König Carol von Rumänien um eine Audienz nachgesucht, um ihn über die Ausmaße der letzten antisemitischen Ausschreitungen zu informieren, „die in der Geschichte Rumäniens nicht ihresgleichen haben“.

Mutmaßungen über die Rückkehr Sir John Chancellors. Jerusalem. Die arabische Zeitung „Maarat esh Sherk“ weiß mitzuteilen, daß der High Commissioner Sir John Chancellor von seiner Urlaubsreise „mit einer Konstitution in der Tasche“ zurückkehren wird. Demgegenüber meint die große ägyptische arabische Zeitung „Mokatam“, daß Sir John Chancellor von seinem Urlaub überhaupt nicht mehr nach Palästina zurückkehren wird.

18. Juli, Morgengebet abschließend Die Voran Aruch 21.14 Uhr. Ärgerlichen Wendgottes- r. 4 abend, den 21.14 Uhr. 4. abend, den 21.14 Uhr. mnitz abend, 8.30 mondswelhe tag 8 Uhr. ag: Jakob 26. — Druck: Garten. IER eiwaren e 22 ND n 20594 eestunde Gedeck en Kaffee agsahne Bono-Ball llen uslandes ng frei haad ter TEL 13129 Liköre

will, muß er für sie einen Betrag zahlen, der der dreifachen Getreidemenge entspricht, die er vor zwei Jahren verkaufen mußte, um sich in den Besitz dieser Ware zu setzen. Warenbesitzer sind die Juden. Und die ganze Empörung, die der Bauer gegen Obrigkeit und wirtschaftliche Lage empfindet, wendet sich gegen den verhaßten jüdischen Krämer, dem der Bauer, der die Zusammenhänge nicht zu unterscheiden vermag, den Vorwurf macht, daß er die Bevölkerung auswuchere.

Der nichtjüdische Mittelständler ist natürlich in gleicher Weise von der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen wie alle anderen Teile der Bevölkerung. Auch er übersieht die Zusammenhänge nicht und gibt dem jüdischen Konkurrenten die Schuld an der Misere. Aus den Kreisen des nichtjüdischen Mittelstandes kommen nun die antisemitischen Agitatoren, die sich auf die Dörfer ergießen, die Bauern aufhetzen und dann in die Stadt ziehen, um an den Juden Rache zu nehmen. Die Regierung hatte zunächst diese antisemitischen Hetzpostel gewähren lassen. Im tiefsten Grunde fühlt sie aber, daß der Haß der Bauern nicht bei den Juden Halt machen werde und sie ahnt, daß sich die Bewegung dann gegen sie selbst kehren könnte. Aus diesem Grunde hat sie, weil sie überdies noch ausländische Anleihen nötig hat, in den letzten Tagen energische Schritte unternommen, um den antisemitischen Ausschreitungen im Lande einen Damm entgegenzustellen. Es ist kein Zweifel, daß ihr das gelingen kann, wenn sie tatsächlich ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen gewillt ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß Pogrome nur mit Duldung und niemals gegen den ersten Willen der Behörden vorkommen können.

Aber gesetzt den Fall, daß es tatsächlich der rumänischen Regierung gelingen wird, durch Machtmittel die Bauernschaft im Zaume zu halten. Prinzipiell ist damit die Lage der Juden in Rumänien keineswegs saniert. Sicherlich ist es tröstlich zu wissen, daß in Rumänien jüdisches Leben und jüdisches Habe nicht mehr vogelfrei sind. Aber die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens kann durch Polizei- und Militäraufgebot nicht geändert werden. Die wirtschaftliche Lage der Juden in jenem Lande ist ebenso trost- und aussichtslos wie in Polen und in anderen Ländern des Ostens. Und nicht nur des Ostens, sondern auch Deutschlands und Oesterreichs. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, man kommt immer wieder zur Bestätigung dessen, daß die Situation der Juden nicht mit kleinen Mitteln geändert werden kann, sondern nur durch eine großzügige Umbildung der gesamten jüdischen Volksstruktur. *ma. rei.*

Dresdner Landgericht weist Reißners Klage ab

Im Prozeß Trotzki, in dem der Verlag Reißner in Hellerau bei Dresden gegen Trotzki auf Herausgabe der Manuskripte zweier Werke klagt, fällt vor einigen Tagen das Dresdner Landgericht sein Urteil. Die Klage wurde abgewiesen. Die Klägerin hat die Kosten zu tragen. In der Begründung führte das Gericht folgendes aus: Das Gericht hat als nicht festgestellt erachtet, daß der Verlag Reißner sich eines arglistigen Verhaltens schuldig gemacht habe. Dagegen sei Trotzki mit der Behauptung im Recht, daß der Vertragsabschluß ungültig sei, weil Reißner Trotzki wichtige Umstände bei Vertragsabschluß nicht mitgeteilt hätte. Das Gericht sei zur Ueberzeugung gelangt, daß Trotzki von dem bei Reißner erschienenen Buch Kerenskis, das schwere Beschuldigungen gegen Trotzki enthält, beim Vertragsabschluß keine Kenntnis gehabt habe. Schon als Mensch mußte Reißner Trotzki von dem Buch Kenntnis geben, denn Kerenski sei derjenige, der Trotzki verhaftet habe. Jeder Politiker, der ein Buch in einem Verlage erscheinen läßt, habe ein Recht darauf, Kenntnis davon zu erlangen, wenn ein unmittelbarer Gegner im gleichen Verlage ein Werk erscheinen lasse. Es könne den Verlag Reißner nicht entlasten, daß Bücher von Stresemann und Briand bei ihm erschienen seien. Kerenski sei der unmittelbare Gegner Trotzki gewesen. Daher habe sich Reißner schuldig gemacht, wichtige Umstände verschwiegen zu haben, und die Klage mußte daher abgewiesen werden.

Im Kampf gegen die Wirtschaftsnot

Von Dr. Rudolf Samuel (Breslau)

II.

Wir wollen diese Nachlese nicht abschließen, ohne auch noch kurz auf ein prinzipielles Problem einzugehen, das mit der Berufsumschichtung innig verbunden ist. Es wird eine der nächsten Aufgaben der Erörterung sein, sich mit ihm zu beschäftigen.

Die Strukturänderung der deutschen Volkswirtschaft bedeutet, daß der Jude aus der Stellung des selbständigen Unternehmers in die des Angestellten gedrängt wird. Daran kann auch die Berufsumschichtung nichts ändern, im Gegenteil, sie muß sogar danach trachten, diesen Prozeß möglichst reibungslos zu gestalten. Damit erhebt sich vor uns das Problem nicht nur der ökonomischen, sondern auch der sozialen und soziologischen Umwandlung des deutschen Judentums.

Das deutsche Judentum lebte bisher — nicht grundsätzlich, aber in Wirklichkeit — in einem bestimmten engen Lebenskreis. Es lebte nicht in der nichtjüdischen Gesellschaft, sondern neben ihr. Die Proletarisierung des deutschen Judentums muß dazu führen, daß dieser Lebenskreis nun endgültig gesprengt wird. Sie stellt den einzelnen mitten in die Lebensfülle des deutschen Angestelltenproletariats herein. Das ist ein Vorgang, der in soziologischer Hinsicht durchaus mit der Emanzipation des deutschen Judentums vergleichbar ist.

Das Westjudentum ist sicher nicht einfach als nationale Minderheit zu kennzeichnen. Trotzdem aber ist manches, was wir aus der Geschichte der nationalen Minoritäten wissen, auch auf eine — erkennbare und soziologisch einheitliche und eigenartige — Gemeinschaft, wie das deutsche Judentum, anzuwenden.

Fassen wir das Ergebnis der geschichtlichen Erfahrung zusammen, so sehen wir, daß nationale Minoritäten ihren eigenen und eigenartigen Charakter nur dort bewahren konnten, wo es ihnen gelang, einen Kreis eigener und eigenartiger Kultur zu erhalten. Und diesen Kreis eigener Kultur, mit eigener Sitte und eigener Sprache, eigenem Gesetz und eigenem Geist hat jede nationale Minorität nur dort zu bewahren vermocht, wo ihr soziales Leben auf einem in sich geschlossenen Kreise eigener Wirtschaft fest und sicher begründet war. Das typische Beispiel dafür sind vielleicht jene deutschen Bauerndörfer in Siebenbürgen, die als ganz kleine Inseln im fremdnationalen Meere sich jahrhundertlang erhalten, ihren deutschen Charakter, deutsche Sprache, deutsche Sitte bewahrt haben, weil sie sich auf eine eigene und in sich geschlossene Wirtschaft aufbauten. Die Reibungsgrenzen mit der Fremdwelt waren gering, auch das wirtschaftliche Leben spielte sich in einem eigenen und geschlossenen Bezirk ab, und so gelang es, die Eigenart zu hüten. Dieser Kreis eigener Wirtschaft muß nicht so verstanden werden, daß er durch territoriale Grenzen bestimmt ist, es muß nicht, wie in diesem Falle der deutschen Bauerndörfer, eine eigene Wirtschaft im engsten Sinne des Wortes sein, das heißt eine Wirtschaft, die, auf der Urproduktion begründet, selbst den großen Teil der Mittel erzeugt, die ihre Menschen zur Deckung ihrer Lebensbedürfnisse brauchen. Dieser eigenwirtschaftliche Kreis kann durch Grenzen umschlossen sein, die durchaus nicht auf dem realen Boden der Erde gezeichnet sind, sondern nur im Bereich der wirtschaftlichen Analyse offenbar werden. Aus der Geschichte der Juden in Westeuropa zum Beispiel kennen wir eine Zeit, in der auch die Juden

einen eigenen wirtschaftlichen Kreis darstellen. Es war das die Zeit, in der eine gegliederte Lebensform auch im wirtschaftlichen eine Gruppenbildung erzeugte. Die unfreie und gebundene Wirtschaft der Zünfte war aus vielfältigen Wirtschaftskreisen aufgebaut. Auch die Juden bildeten einen eigenen Kreis. Gewiß, den schwächsten, bedrücktesten und verächtlichsten, die Zunft der Zunftlosen, den Kreis der Menschen, denen nichts gestattet war als der Handel mit gebrauchten Gegenständen und Geld, aber doch einen Kreis eigener Art. Sie übten nur diese, und nur sie übten diese Wirtschaftsfunktion aus. Und in dieser Zeit gelang es ihnen auch, den Kreis eigener Kultur und eigenen unvermischten Lebens zu erhalten. So sehen wir daraus, daß dieser Kreis eigener Wirtschaft zur Voraussetzung nur dieses hat, daß die Berührungsfäche mit der fremden Welt ein Minimum ist; die gleiche Art kann erhalten bleiben, wenn nicht nur der geistige, sondern auch der wirtschaftliche Verkehr sich vornehmlich unter den Menschen dieser Art abspielt.

Das deutsche Judentum, für dessen Entwicklung es charakteristisch ist, daß zum Beispiel in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts mehr als die Hälfte der jüdischen Gemeinde in Berlin durch Taufe und Mischehe dem Judentum verloren ging, lebte in seinen jüdischen Impulsen schon seit langer Zeit nur dadurch, daß das große Reservoir der Ostjuden diese empfindlichen Lücken in jeder Generation wieder ausfüllte. Wohl hatten schon vor tausend Jahren im Rheinland zum Beispiel Juden gesiedelt. Aber die, die heute dort wohnen, sind vielleicht in geistiger, sicher nicht in leiblicher Hinsicht das Süßkind von Trimberg Nachfahren. Die Auflösung der mittelalterlichen Wirtschaftsverhältnisse, der Beginn des modernen Kapitalismus und die politische Emanzipation des vorigen Jahrhunderts haben die Lebenskraft des deutschen Judentums schon außerordentlich geschwächt. Jetzt bedroht uns die Proletarisierung des jüdischen Mittelstandes mit einer noch weitergehenden wirtschaftlichen Angleichung an die nichtjüdische Welt. Auch der letzte Rest dessen, was das deutsche Judentum an wirtschaftlicher Eigenart noch besessen hat und was in der Bevorzugung bestimmter Berufe bestand (gleichgültig, ob wirtschaftlich zu begrüßen, oder nicht), wird mit der Auslöschung bedroht. Damit fällt der wichtigste Pfeiler, auf dem der Rest von jüdischem Eigenleben ruhte, den es im deutschen Judentum noch gab.

Sehr oft hört man die Meinung: „Das Judentum hat jahrhundertlang in der Zerstreuung gelebt, es wird auch weiter leben und nicht untergehen.“ In dieser Form einer beweislosen Behauptung ist diese These sicher falsch. Sie vergißt, daß bestimmte wirtschaftliche Verhältnisse die Existenz des in sich geschlossenen Judentums ermöglichten, daß andere Wirtschaftsverhältnisse seinen Untergang begünstigen können. Wieder stehen wir mitten in einer neuen wirtschaftlichen Umschichtung. Fast will es uns scheinen, als wäre die Untersuchung ihrer voraussehbaren sozialen und soziologischen Folgen noch wichtiger, als die rein wirtschaftliche Betrachtungsweise. Hier ist der Punkt, in denen die Erörterungen der kommenden Wochen einsetzen sollten. Die Frage lautet: Gibt es eine Möglichkeit, die Berufsumschichtung so zu lenken, daß eine neue Epoche der Massentaufen vermieden wird?

Auch darüber wird zu sprechen sein.

London
minister
Jüdischen
Aufenthalts
sich insel
Gültigkeit
1492 erla
Frage ist
Präsident
garien, I
Präsident
bundigen
abzuhalt
len, ob
Tagung i
Edikt vo
Herzog A
mit der
land ver
genomme
und Erl
lassen w
die jetzt
vor dem
Gesetze,
matisch
Spanien
die aller
ob sie s
spanisch
Rechte v
Auslande
in Spani
bürgersch
wie alle
Anzahl
gerschaft
sönlich
des span
sönlich,
daß die
ler war.
das zu j
Auch di
obwohl
schaft st
Bevölker
besitzer
von lan
ten auch
der Jud
ten Ans
zu mild
weithin
katholis
durchau
nische
schen k

Vom
Mitteilu
bund ir
liche K
gung d
werk d
ist er
Frieden
arbeit
ten un
anzure
große
kleiner
Ausspr
anstalt
abend
densfre
ihre W
stellten
bner s
durch
Im H
hielt H
reichen
sion be
berger
Dr. Fr
Vertret
regend

Herzog Alba über die Vertreibung der Juden aus Spanien

Das Gesetz von 1492 nicht mehr in Kraft

London. Der gegenwärtige spanische Außenminister Herzog von Alba und Berwick gewährte der Jüdischen Telegraphen-Agentur während seines Aufenthaltes in London ein Interview, in dem er sich insbesondere über die Frage der gegenwärtigen Gültigkeit des gegen die Juden in Spanien im Jahre 1492 erlassenen Vertreibungsediktes äußerte. Die Frage ist durch eine vor kurzem erfolgte Aktion des Präsidenten der Jüdischen Völkerbundliga, in Bulgarien, Dr. Mezan, angeregt worden, der an den Präsidenten der Internationalen Union der Völkerbundligen die Bitte richtete, anlässlich der in Madrid abzuhaltenden Jahreskonferenz der Union festzustellen, ob er und andere jüdische Delegierte an der Tagung teilnehmen können, da seines Wissens das Edikt von 1492 nie rückgängig gemacht worden ist. Herzog Alba beantwortete die an ihn gestellte Frage mit der Gegenfrage, ob das gegen die Juden in England verfügte Vertreibungsedikte von 1290 nie zurückgenommen worden ist. Eine Regierung setzt Gesetze und Erlasse, die im Laufe von Jahrhunderten erlassen worden sind, nicht einzeln außer Kraft. Durch die jetzt in Spanien geltende Verfassung sind alle vor dem Jahre 1800 in Spanien gültig gewesenen Gesetze, und also auch das Edikt von 1492, automatisch außer Kraft gesetzt. Die Lage der jetzt in Spanien lebenden Juden ist genau die gleiche, wie die aller anderen Bewohner des Landes, gleichgültig ob sie spanische Bürger oder Ausländer sind. Als spanische Bürger genießen die Juden die gleichen Rechte wie die anderen spanischen Staatsbürger, als Ausländer die gleichen Rechte wie die nichtjüdischen in Spanien lebenden Ausländer. Die spanische Staatsbürgerschaft können die Juden in gleicher Weise wie alle anderen erwerben. Es gibt auch bereits eine Anzahl von Juden, welche die spanische Staatsbürgerschaft erworben haben und ich selbst kannte persönlich einen von ihnen, Senor Bauer, der Mitglied des spanischen Parlaments geworden ist. Ich persönlich, sagte der Herzog von Alba, bin der Meinung, daß die Vertreibung der Juden aus Spanien ein Fehler war. Aber die Juden sind nicht das einzige Volk, das zu jener Zeit aus Spanien vertrieben worden ist. Auch die Mauren sind damals vertrieben worden, obwohl diese Maßnahmen auf sehr starke Gegnerschaft stieß. Juden und Mauren waren beide fleißige Bevölkerungsschichten, und so wie die Großgrundbesitzer in den Mauren eine sehr nützliche Schicht von landwirtschaftlichen Pächtern fanden, so wußten auch die maßgebenden Handelskreise den Wert der Juden einzuschätzen und sie machten die größten Anstrengungen, um den Beschluß der Inquisition zu mildern. Die Inquisition war keineswegs, wie weithin angenommen wird, das Instrument der katholischen Kirche, die mit deren Grausamkeit durchaus nicht immer einverstanden war. Die spanische Inquisition war eine Einrichtung des spanischen königlichen Regimes zur Herstellung der reli-

giösen Einheit im Lande, weil man damals annahm, daß es ohne religiöse Einheit keine Einheit der Bevölkerung und keine Autorität der Krone gäbe. Gegen eine starke Opposition setzten Ferdinand und Isabella ihren Willen durch und Juden und Mauren wurden aus Spanien vertrieben. Das sind aber alles Fragen einer längst vergangenen Geschichte, die jetzt neu aufzurühren nichts Gutes bewirken würde.

Die Loyalität der Sephardim

Herzog Alba ging dann auf Fragen der Gegenwart ein und sagte: Die spanische Regierung kennt die noch heute anhaltende Loyalität und innere Neigung für Spanien und die spanische Sprache bei Hunderttausenden von Abkömmlingen spanischer Juden in nichtspanischen Ländern. Die spanische Regierung hat es schon vor Jahren unternommen, enge und rege kulturelle Beziehungen mit diesen Sephardim in verschiedenen Teilen der Welt aufzunehmen und trägt zur Unterhaltung ihrer Erziehungsinstitutionen, besonders in Marokko, bei. Wir wissen, wie diese Juden über die spanische Periode der jüdischen Kultur denken, die in Wahrheit ein ruhmvolles Blatt in der Geschichte füllt. Es gibt noch eine große Anzahl von Juden in Marokko, z. B. in Tetuan, die noch immer spanische Staatsbürger sind, und in einer gewissen Zahl kommen auch Juden aus Marokko nach Spanien und siedeln sich dort an. Die Zahl ist nicht sehr groß, das hat aber seinen Grund darin, daß Spanien ein armes Land ist und daß es für einwandernde Juden daher keine großen Möglichkeiten bietet. Das bringt uns zu der Frage, ob eine große Rückwanderung spanischer Juden nach Spanien wahrscheinlich ist. In Spanien gibt es Arbeitslosigkeit; natürlich nicht in einem solchen Ausmaß wie hier in England, Spanien ist ein industriell nicht so hoch entwickeltes Land wie England, aber die Einwanderung in ein Land muß sich immer nach den ökonomischen Bedürfnissen des Landes und seiner Absorptionsfähigkeit richten. Ich glaube nicht, daß die Ankunft von hunderttausend sephardischen Juden auf einer Arche Noah in England durch die Bevölkerung geradezu begrüßt werden würde, und in Spanien liegen die Dinge in dieser Hinsicht nicht anders als in irgend einem anderen Lande. Insoweit es jedoch wirtschaftliche Möglichkeiten im Lande gibt, sind die Juden als Einwanderer in Spanien ebenso willkommen wie irgend wer sonst, und können einer sehr liberalen Behandlung gemäß den Gesetzen des Landes sicher sein. Die Frage einer Rückwanderung der sephardischen Juden nach Spanien ist in weitem Umfang von ökonomischen und anderen Erwägungen delikater Natur abhängig und es scheint, was immer in Zukunft geschehen mag, für eine Masseneinwanderung nach Spanien geringe Aussichten zu geben. Das Problem ist allerdings eins von vielen, die jetzt Gegenstand der Untersuchung durch die spanische Regierung sind.

Die jüdische Friedensbewegung

Heimabende des jüdischen Friedensbundes

Vom Jüdischen Friedensbund gehen uns folgende Mitteilungen zu: Nachdem der jüdische Friedensbund im Laufe des Jahres durch mehrere öffentliche Kundgebungen für den Gedanken der Beteiligung der jüdischen Gemeinschaft an dem Friedenswerk der Religionen weite Kreise gewonnen hat, ist er nunmehr bemüht, die tiefere Kenntnis der Friedensprobleme und der Methoden der Friedensarbeit unter unseren Glaubensgenossen zu verbreiten und sie zur aktiven Förderung dieser Arbeit anzuregen. Dieses Ziel kann nicht mehr durch große Versammlungen, sondern nur im Rahmen kleinerer Zusammenkünfte und durch persönliche Aussprache wirksam angestrebt werden. Zur Veranstaltung derartiger Studien- und Diskussionsabende haben, zunächst in Berlin, jüdische Friedensfreunde hilfreiche Hand geboten, indem sie ihre Wohnungen für diesen Zweck zur Verfügung stellten. Auf der anderen Seite haben viele Rabbiner sich bereit erklärt, Heimabende solcher Art durch Ansprachen zu eröffnen.

Im Hause des Herrn Bankprokuristen Willy Levy hielt Herr Rabbiner Dr. Karl Rosenthal einen lehrreichen Vortrag. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich hauptsächlich Dr. Fritz Bamberg und Lehrer J. Silberberg. Herr Rabbiner Dr. Freimann vereinigte in seinem Hause zahlreiche Vertreter der konservativen Kreise, die seinen anregenden Ausführungen mit großem Interesse folg-

ten und dann auch selbst das Wort ergriffen. Unter den Anwesenden bemerkte man die Herren Dr. Gumpertz, Moritz Neumark, Michael Herzog, Felix Goldschmidt, Dr. A. Wittkowski, Jacob Rothstein.

In den Räumen des Herrn Oscar G. Norden versammelten sich hauptsächlich Mitglieder der UOBBLogen. Auf eine einleitende Ansprache des Hausherrn folgten sehr bemerkenswerte Ausführungen des Herrn Rabbiner Dr. Salomonski, die die Beteiligung der jüdischen Gemeinschaft an der Friedensarbeit nicht nur vom religiösen, sondern auch vom praktischen Standpunkt beleuchteten. Es knüpfte sich daran eine längere Aussprache, an der sich in erster Linie die Herren Dr. Josef Hirsch, Amtsgerichtsrat Dr. Goldschmidt, Handelsrichter Sally Kirschstein, Dir. K. M. Baer, Bruno Kantorowicz, Martin Brun beteiligten.

Einen besonderen Charakter trug der von Herrn und Frau Dr. Max Ginsberg veranstaltete Teeabend, dem zahlreiche Damen und Herren beiwohnten. Die Einleitung bildete ein musikalischer Teil, in dessen Rahmen der Violinvirtuose Alfred Wittenberg, Frau Prof. Sachs und Oberkantor Friedmann ausgezeichneten boten. Herr Dr. Ginsberg eröffnete die Reihe der Ansprachen. Im Mittelpunkt stand der abschlußreiche, durch persönliche Erinnerungen belebte Vortrag des Herrn Rabbiner Dr. Warschauer. Gehaltvolle Worte richtete an die Anwesenden der erste Vorsitzende des Jüdischen Friedensbundes, Direktor Oscar Wassermann. Ueber die Ziele und Wege der jüdischen Friedensbewegung sprach Dr.



Mark 10

INHABER
W. Kretschmar, ROBERT HAHNE
praktischer **Herrendenschneider**

Tadellos si zende **Oberhemden** und jegliche **Herrenwünsche** nach eigenem **Idealsystem**, **Krawatten-Neubeiten** — Geschäftsgründg. 1930

Alfred Nossig, Vorsitzender des Arbeitsausschusses des Jüdischen Friedensbundes.

In der Diskussion, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, kamen u. a. zum Wort Rabbiner Dr. Löwenstein, R.-A. Heinrich Stern, J.-R. M. Placzek, Kammergerichtsrat Neumann, Dr. Josef Hirsch, R.-A. Dr. J. Blumenthal. Der Abend schloß mit einer Rezitation von Frl. Hansi Borchardt.

Durch die vielseitige Beleuchtung der Friedensprobleme, die Ungezwungenheit der Aussprache und die Kraft des Friedenswillens, den die meisten Redner bekundeten, haben die Heimabende der jüdischen Friedensbewegung einen neuen Impuls verliehen und ihr viele wertvolle Freunde zugeführt. Es ist zu erwarten, daß Veranstaltungen solcher Art auch in anderen Zentren eingeführt werden.

Afrikanische Zionisten in London

Eine zuversichtliche Rede Sokolows. — Die südafrikanischen Zionisten wollen auch an der politischen Verantwortung teilhaben

London. Die Zionistische Exekutive gab zu Ehren einer Anzahl in London anwesender führender südafrikanischer Zionisten einen Lunch. Der Präsident der Zionistischen Exekutive, Nahum Sokolow, sagte in seiner Ansprache an die Gäste: „Ich möchte, daß sie eine zionistische Botschaft von hier mit sich nehmen. Verzweifeln Sie nicht! Der Zionismus ist eine zu gute und zu vornehme Sache, als daß Sie auch nur im leisesten an seinem schließlichen Erfolg zweifeln könnten. Der Sieg des Zionismus ist nicht von der Gunst dieser oder jener Regierung abhängig, obgleich wir die Gunst der Regierung würdigen und ihre Ungunst schwer tragen. Die Kraft des Zionismus liegt im Zionismus selbst. Weil der Zionismus gerecht ist, weil wir an die Gerechtigkeit glauben, sind wir siegesgewiß. Weil der Zionismus nicht Unbill für irgend ein Volk bedeuten kann, weil er jedem Volk Vorteile bringt, weil wir tief in unserem Herzen den Glauben an unsere Sache haben, kann der Zionismus nie sterben.“

Für die südafrikanischen Gäste Morris Kentridge, der Mitglied des südafrikanischen Parlaments ist und der dortigen Labour-Party-Fraktion angehört. Er sagte: „Wir in Südafrika tragen finanziell zur zionistischen Sache großzügig bei, weil wir es als unsere Pflicht ansehen, eine Kompensation dafür zu geben, daß wir, geographisch so weit entrückt, politisch nichts tun können. Aber in Südafrika verstärkt sich das Gefühl, daß die Zeit gekommen ist, neben diesen finanziellen Leistungen auch in irgend einer Form an der Verantwortung für die politische Arbeit teilzunehmen, und ich glaube, daß die Londoner Exekutive das begrüßen wird. Wir in Südafrika bedauern die jüngsten Ereignisse außerordentlich. Ich als Angehöriger der Labour Party und mit mir viele tausende bedauern es besonders, daß die Arbeiterregierung die Politik des Jüdischen Nationalheims nicht besser ausführt. Vor der Balfour-Deklaration ging von der Labour-Konferenz der Vorschlag des Jüdischen Nationalheims aus, und die von der Regierung in letzter Zeit eingeschlagene Politik erfüllte uns um so mehr mit Bedauern, als wir noch wissen, daß die Führer der Arbeiterbewegung aktive Befürworter der Politik des Jüdischen Nationalheims waren. Leider neigt die Regierung in ihrem Bestreben, Ungerechtigkeiten vorzubeugen, dazu, selbst ungerecht zu sein und eher der Gewalt nachzugeben als der Loyalität. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf und sind mehr denn je entschlossen, in unseren Bestrebungen fortzufahren. Nachdem wir 20 Jahrhunderte gewartet haben, lassen wir uns nicht durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten abschrecken. Wir haben mit dem britischen Volk eine Eigenschaft gemeinsam. Wir sind ein hartnäckiges Volk und je größer die Schwierigkeiten sind, desto beharrlicher werden wir. Ich denke, es wird nicht lange dauern, daß man in Großbritannien erkennen wird, wie sehr die Errichtung des Jüdischen Nationalheims dem britischen Volks selbst, seiner Ehre und seinen wirtschaftlichen Interessen zum Vorteil gereicht.“

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Der Händler / Von Vladimir Jabotinsky

Im Verlag Dr. R. Färber, Mährisch-Ostrau, erschien kürzlich ein Band Feuilletons von Vladimir Jabotinsky, herausgegeben von Karl Baum. Dieses Büchlein offenbart uns die Persönlichkeit eines Mannes, der nicht nur ein überzeugter Zionist, sondern einer der klar denkendsten Juden der Gegenwart ist. Diese Feuilletons sind nicht nur ein literarisches Kunstwerk, sondern ein philosophisches, ein politisches Werk. Jeder Jude, dem der Weg zum Zionismus noch ein problematischer ist, müßte das Büchlein lesen. Wir bringen nachstehendes Feuilleton aus dieser Sammlung zum Abdruck. Die Red.

Man will ihn begraben, den Händler. Nicht nur faktisch, was ich, sein fanatischer Anhänger, noch mit ökonomischen Gründen entschuldigen könnte. Aber man begräbt ihn auch moralisch. Warum machen Menschen aus jeder einfachen Sache eine Ideologie? Man könnte doch kurz und bündig erklären: Da ein gesunder Wirtschaftsorganismus nicht mehr als 10—12 Prozent Händler verträgt, muß man für die Juden andere Erwerbsquellen erschließen. Aber das genügt noch nicht, — scheinbar weckt das allein noch nicht die nötige Begeisterung. Um Begeisterung dafür zu schaffen, besonders bei uns Juden, d. h. bei den Söhnen und Enkeln aus einer Kette von Generationen ordentlicher Kaufleute, muß man außerdem „begründen“, etwas wie ein starkes ideologisches „Pfui!“ konstruieren. Das ist nun natürlich nicht schwer, im Gegenteil, sehr billig. Jeder, der einmal in einem Buche oder einer Zeitung darüber gelesen hat, weiß das ganze Gedicht schon auswendig und kann es aus dem Stehgreif deklamieren: Der Händler ist unproduktiv; ein Vermittler, der den Produzenten und den Käufer bestiehlt, ein Parasit, eine überflüssige soziale Figur, die in der Weltgeschichte keine schöpferische Rolle spielt, kurz, „trefe“ in jeder Beziehung.

Das ist eine schlechte, gefährliche und dumme Ideologie. Schlecht ist sie deshalb, weil wir Juden nun schon einmal ein Volk von Kaufleuten sind, — bis in die letzten 50 Jahre war das unser Hauptmerkmal in der Weltwirtschaft und es ist nicht fein, wenn wir selbst auf unser altes und eigenes Tätigkeitsgebiet verzichten. Gefährlich ist es darum, weil ein Jude Impressionist ist und dies alles sehr ernst nimmt, besonders der junge, moderne und gebildete Jude: Er beginnt sich für das Geschäft seines Vaters zu schämen, selbst wenn es sehr gut geht (d. h. wenn das Leben beweist, daß dieser Händler wenigstens nicht „überflüssig“ ist) und das Ende vom Lied ist, daß intelligente, unverbrauchte Kräfte vom Handel weggehen und wir wichtige ökonomische Positionen verlieren.

Es ist schwer, den einen oder anderen Zweig menschlicher Tätigkeit herzunehmen und zu sagen: Das ist die wichtigste Maschine, die alle anderen Formen der Kultur hervorbringt. Das kollektive Leben ist sehr kompliziert und dezentralisiert — eine richtige Analogie mit einem wirklichen Organismus, mit dem Körper z. B., dessen Mittelpunkt das Herz ist, ist nicht zu finden ... nimmt man nun einen Faktor aus dem Gesamtkomplex und sagt: Das ist das Herz, die Wurzel, alle anderen Zweige des Schaffens und der Leistung erklären sich daraus, denn hat eine solche Behauptung nur rhetorischen Wert. Wenn wir aber eine solche Annahme schon akzeptieren wollen, dann ist doch gerade der Handel derjenige aller Schaffenszweige, der die Aufgabe eines Motors oder Herzens mehr als alle anderen erfüllt. Dabei ist nebensächlich, daß nur wenige Menschen im Handel unterkommen können, nicht mehr als ein Zehntel derer, die ihren Lebensunterhalt in Landwirtschaft und Industrie finden. Ein Herz ist doch auch klein, sicherlich kein Zehntel der Gesamtmasse des Organismus. Die Hauptsache ist nicht der Umfang, sondern die Rolle. Da haben wir zuerst den Handel mit allen seinen Arten und dann die „Produktion“ in ihren verschiedenen Formen. Wer von beiden bedingt und bestimmt den anderen, wer ist der Vater und wer das Kind? Die Antwort liegt doch schon in der Frage. Ein Anfang, ein Minimum an Produktion, muß ganz unabhängig vom Handel vorhanden sein, selbst auf Robinsons Insel, aus dem Grund aller Gründe, den Mendele Moicher Sforim „die Gewohnheit, zu essen“ nennt. Aber schon der kleinste Fortschritt der Produktion, von jenem Augenblicke an, da der Mensch von der

Jagd ganz bewußt mehr Felle brachte, als er für sich und seine Familie benötigte, oder mehr Land bebaute, als für seine Erhaltung notwendig war, — diese erste Entwicklung der Produktion hatte doch nur einen Wert, weil der Mensch gleichzeitig die Kunst des Austausches entdeckte.

Das wissen alle. Aber nur selten ist es uns bewußt, was für eine Rolle der Händler in unserem Leben spielt und wie wir ohne ihn aussehen würden.

In der englischen Fibel für die Volksschulkinder findet man eine Statistik darüber, wieviele Länder notwendig waren, um das Frühstück des Kindes herbeizuschaffen. Ungefähr 20 Länder aus allen fünf Kontinenten der Welt. Andere Kinder, die jüdischen z. B., sind vielleicht bei ihrem Frühstück noch nicht so gut gepflegt, aber geographisch ist der Unterschied nicht so groß. Kaffee kommt aus Brasilien, Tee aus Ceylon oder China, Brot vielleicht aus Argentinien usw. Der Aermste unter uns trägt Kleider und Schuhe, die aus Produkten von 10—12 Ländern bestehen. — Während der Mensch in Frankreich einen gewöhnlichen Tag seines Lebens verlebt, wäscht er sich mit Seife, putzt die Zähne mit einer Zahnbürste und Pasta,

An unsere Postbezieher!

Bei unpünktlicher Zustellung der Zeitung wende man sich direkt an den Briefträger oder zuständige Postamt.

Der Verlag.

schreibt einen Brief mit Stahlfeder, die er in Tinte taucht, auf einen Bogen Papier, raucht eine Zigarette und streicht dazu ein Zündholz an, fährt mit dem Autobus (oder der Autobus fährt über ihn und zerdrückt ihn mit seinen Gummirädern), kurz während eines solchen Tages hat er schon die Natur und die menschliche Arbeit der ganzen Welt für sich ausgenutzt. Und auch das Haus, in dem wir wohnen, das Pflaster, auf welchem wir gehen, sogar diese Pariser Luft, die ich atme und die mit Automobilruß und Kohlenstaub gesättigt ist, das alles verdanken wir dem Händler, dem Welthändler, der aus dem Erdball einen kleinen Raum gemacht hat. Wenn wir ihn uns wegdenken, dann wird Paris, London und New York zu Dörfern und alles verschwindet wie Rauch im Winde, was wir Kultur nennen.

Es ist kein gegenseitiger Einfluß. Man darf nicht sagen, daß das Anwachsen der Produktion die Entwicklung des Handels in demselben Maße bedingt, wie der Handel die der Produktion. Man kann das nicht vergleichen. Natürlich: Während ein Pariser Modenschneider einen neuen Schnitt schafft, hat der Konfektionär noch ein Stück zu verkaufen. Das ist aber eine Kleinigkeit im Vergleich dazu, daß das ganze Entstehen und die ganze Entwicklung der Produktion (abgesehen vom patriarchalen Familienleben zur Zeit der Sintflut) vom Anfang bis zum Ende das Resultat der Arbeit des Händlers ist. Denn ohne ihn hätte keine Fabrik die ihr nötigen Maschinen und Rohstoffe bekommen, die sie braucht, um das erste Paar Schuhe zu erzeugen. Und ohne Händler wäre für eine Fabrik, für eine Anstalt, die für eine Welt von Kaufleuten arbeitet, überhaupt keine Existenzmöglichkeit gewesen. Und nicht nur die materielle Kultur ist ein Kind des Handels: Auch die Geisteskultur, vielleicht mit Ausnahme der Religion, ist nur durch ihn entstanden, und hat sich durch ihn entwickelt. Was wäre aus der Astronomie geworden, (von der Geographie schon gar nicht zu sprechen), wenn der Kaufmann nicht den Gang der Sterne hätte studieren müssen, um für seine Schiffe den Weg über den Ozean zu finden? Wer hat Kolumbus Geld zu einer Expedition gegeben und warum? Für wen haben alle Chemiker, Mechaniker und Mathematiker gearbeitet? Selbst für die reine Dichtung mache ich keine absolute Ausnahme. Kurz vor dem Kriege erschien in Frankreich ein Buch von Leon Berar, „Der semitische Ursprung der Odyssee Homers“. Der Verfasser beweist, daß diese unsterbliche Dichtung, Anfang

und Grundlage der epischen Weltichtung, vollständig aus Reiseeindrücken und Abenteuerphänomenen phönizischer Seefahrer und Piraten besteht und auf sie aufgebaut ist: Wieder Kaufleute! Von der Ilias weiß man schon lange: Der ganze Streit zwischen Griechen und Trojern war doch nur der letzte Akt eines langen Konfliktes zweier Handelsvölker, der sich historisch in der Zerstörung der uralten kretischen Kultur ausdrückt, deren letzte koloniale Festung Troja war. Die wirkliche Ursache des trojanischen Krieges war nicht die Schönheit Hellenas, sondern die Tatsache, daß Troja damals dieselbe geographische Rolle spielte, wie heute die Dardanellen, und die Handelsflotte der Griechen nicht in die reichen Kornkammern des Schwarzen Meeres einließ.

Stolz sein hätte man sollen auf solch eine geschichtliche Mission und nicht sich schämen! „Unproduktiv?“ Kolumbus hat an Produktion mehr geschaffen als alle Bauern und manuellen Arbeiter seiner Generation zusammengenommen; und er war Kaufmann von Beruf, Kaufleute haben ihn gesandt, aus kaufmännischen Gründen. Eine dumme Kurzsichtigkeit ist diese Scham des modernen Juden, wenn man ihn daran erinnert, daß wir ein Handelsvolk waren und sind.

Historisch ist der Kaufmann der wirkliche Kämpfer für den Fortschritt, der Erste unter den Fahnenführern der Zivilisation. Wenn wahr ist, was gesagt wird, daß nämlich der erste und größte aller Kaufleute ein Jude war und daß wir diese Rolle noch heute innehaben, dann sollen wir auf so eine Ehre nicht verzichten. Denn selbst der kleinste Dorfhändler, sei er auch nur ein Hausierer mit Socken, ist dieses Adels teilhaftig, Mitglied einer Klasse zu sein, deren historisches Verdienst und deren Rolle in der heutigen Welt der des Landwirtes und Fabrikarbeiters zumindest ebenbürtig ist, wenn nicht überlegen. Man pflegt Medizinen und Jus zum Unterschied vom Handel „Intelligenzberuf“ zu nennen. Ich will hier niemand beleidigen, gehöre ich doch selbst einem solchen „Intelligenzberuf“ an. Aber es ist sehr fraglich, welcher der beiden „Branchen“ mehr Denken erfordert, welche von ihnen einem guten Kopf mehr Möglichkeiten schöpferischer Betätigung bietet.

Daß es bei uns Juden zuviel Händler gebe, für die in der Weltwirtschaft schon lange kein Platz mehr sei, daß es gut und gesund sei, die Zahl der jüdischen Land- und Fabrikarbeiter möglichst zu vergrößern, daß wir in Palästina nicht mehr als 10 Prozent Kaufleute brauchen, das alles ist wahr und unantastbar: Es gibt darüber keine Diskussion. Die antikommerzielle Ideologie aber, die besonders für uns Juden etwas wie ein Schlag ins Gesicht ist, scheint mir eine dumme und überflüssige Begleiterscheinung. Durch Gottes Gnade stammen wir nicht nur von einem Volke der Gesetzgeber, Propheten und Eroberer ab, sondern in den letzten zwei Jahrtausenden auch von einem Volke der Kaufleute. Heute suchen wir neue und breitere Wege für unsere nationale Betätigung. Das bedeutet aber nicht, daß wir die Bude sperren müssen! Die Bude sperren, hieße eine Position evakuieren. Vorsicht!



Ueber A
len word
Hauptma
Englands
Königliche
don, unter
zwei dick
darin wu
ken auf
großen K
Zugehörig
wurde. D
selbst ein
nauigkeit
hin konn

Bei ein
menheit
licherweis
unterlaufe
die Anerk
dieser Bil
liche über
ist. Histo
sich eing
und kaby
diesem L
Nur die
solcher U
lich habe
die Rasse
immer ein
Zeilen ge
beides Sp
hundert l
geschrieb
übersetzt
Algier ein
ein inter

Aber e
die algeri
und Nied
schrieben
eine Aus
sie in s
Haddey,
(Algier 1
Buches, d
hieß in
ehemalige
türkisch.
kische R
ließ und
anging, I
riens zur
außerord
delsbeziel
meerländ
vor sich
auch vi
jüdische

An ers
die Bus
Am 15
öffentlich
Weise ke
stehen bl
lich groß
der Bac
Wahrheit

Es hat
der vor
von Jean
Konstil
richt ist
gerichtet
politische
hatte. V
Stelle: „
Können,
Juden a
gibt kei
nicht die
würden.
Europas
sie mit!
den Krie
Sklaven
plüschert
ihn. Die
schen, d
menten
wechseln
die Wür
akkredit
sonst nu
ersten T
seiner F

Die Juden von Algier

Von H. Boucris

Ueber Algier ist schon ungeheuer viel geschrieben worden. Im Jahre 1895 veröffentlichte der Hauptmann Plaifair, der frühere Generalkonsul Englands in Algier, unter dem Protektorat der Königlichen Geographischen Gesellschaft in London, unter dem Titel „Bibliographie von Algier“ zwei dicke Bände, die in London gedruckt wurden; darin wurden die Titel von ungefähr 20 000 Werken aufgeführt, die sich ausschließlich mit der großen Kolonie beschäftigten, deren hundertjährige Zugehörigkeit zu Frankreich vor kurzem gefeiert wurde. Der Autor hat alle Werke, die er zitiert, selbst eingesehen, was beweist, mit welcher Genauigkeit in seiner Arbeit vorgegangen ist. Immerhin konnte auch er nicht alles sehen und kennen.

Bei einem solchen Gegenstand kann Vollkommenheit fast nicht erreicht werden. Unvermeidlicherweise mußten ihm zahlreiche Unterlassungen unterlaufen. Das soll uns aber nicht hindern, ihm die Anerkennung zu zollen, die er verdient. Dank dieser Bibliographie weiß man, daß alles Wesentliche über die Geschichte Algiers gesagt worden ist. Historiker und Schriftsteller von Rang haben sich eingehend mit den romanischen, arabischen und kabyliischen Völkerstämmen beschäftigt, die in diesem Lande wohnten oder jetzt noch wohnen. Nur die Juden bildeten noch nie Gegenstand solcher Untersuchungen und Forschungen. Natürlich haben die verschiedenen Autoren, die sich für die Rassen Algeriens interessierten, auch den Juden immer einige nichtssagende und ständig wiederholte Zeilen gewidmet. Der Jesuit Haedo, der Vater Don, beides Spanier, beides Geographen, die im 15. Jahrhundert lebten, haben große Werke über Nordafrika geschrieben, die im Auszug auch ins Französische übersetzt wurden. Diese beiden Mönche haben Algier eingehend studiert und widmen den Juden ein interessantes Kapitel.

Aber ein großes zusammenfassendes Werk über die algerischen Juden, ihre Geschichte, ihre Städte und Niederlassungen ist bis jetzt noch nicht geschrieben worden. Eine einzige kleine Arbeit bildet eine Ausnahme. Der Hauptmann Plaifair erwähnt sie in seiner Bibliographie. Sie trägt den Titel: Haddey, Das Goldene Buch der algerischen Juden (Algier 1872). Haddey, der Verfasser dieses kleinen Buches, das heute fast nicht mehr aufzutreiben ist, hieß in Wirklichkeit Albert Devoulx. Er war ein ehemaliger Beamter der Kolonie und konnte gut türkisch. Er benutzte die Dokumente, die die türkische Regierung nach der Aufgabe Algiers zurückließ und entdeckte darin vieles, was die Juden anging. Insbesondere studierte er den Handel Algeriens zur Zeit der Türken. Das kleine Werk ist ein außerordentlich interessantes Exposé über die Handelsbeziehungen zwischen Algier und den Mittelmeerländern, die durch die Vermittlung der Juden vor sich gingen. Devoulx bringt in seinem Bericht auch viele biographische Details über einige jüdische Familien Algiers.

An erster Stelle finden wir hier die Bacri und die Busnach.

Am 15. Juni 1926 hat der „Temps“ ein unveröffentlichtes Dokument abgedruckt und es auf eine Weise kommentiert, daß kein Zweifel darüber bestehen bleibt, daß alles, was über den außerordentlich großen politischen und kommerziellen Einfluß der Bacri und Busnach gesagt worden ist, auf Wahrheit beruht.

Es handelt sich um den Text eines Berichtes, der vor 130 Jahren, am 2. Germinal des Jahres V von Jean Bon Saint André, damals französischer Konsul in Algier, geschrieben worden ist. Der Bericht ist an den französischen Gesandten in Madrid gerichtet, der den Verfasser um Bericht über die politische und kommerzielle Lage in Algier gebeten hatte. Wir entnehmen diesem Bericht folgende Stelle: „Hätte jemand vor zwanzig Jahren glauben können, daß aller Handel des Mittelmeers zwei Juden aus Algier in die Hände fallen würde? Es gibt keinen einigermaßen wichtigen Ort, wo wir nicht die Agenten von Bacri und Busnach finden würden. Sie versprechen den kleinen Staaten Europas Friede und geben ihn ihnen auch. Wenn sie mit ihnen unzufrieden sind, erklären sie ihnen den Krieg. Handelt es sich um den Rückkauf von Sklaven — sie sind die Vermittler. Wenn ein europäischer Händler ihnen im Wege ist, verjagen sie ihn. Die Macht des Konsuls scheidet an dem Ansehen, das sie überall genießen.“ Aus anderen Dokumenten geht hervor, daß Bacri und Busnach abwechselnd Minister des Inneren waren. Sie durften die Würdenträger, die beim Dey (Fürst von Algier) akkreditiert waren, empfangen, — ein Vorrecht, das sonst nur den Herrschern zustand. Während der ersten Tage des Direktoriums schickte Bacri einen seiner Freunde, den Rabbiner Azouley, nach Paris,

haftet und wegen politischer Verdächtigkeit ins Gefängnis geworfen. Aber er blieb nicht lange in Haft. Und kaum aus dem Gefängnis heraus, setzte er sich mit den Mächtigen jener Tage in Verbindung. Er berichtete über seine Bemühungen in Briefen, die lange Zeit im Archiv des Consistoire Israélite in Algier lagen.

Die Ereignisse in Algier haben sogar Schriftsteller von ansehnlichem literarischem Ruf interessiert: Barthélémy und Mery schrieben ein lustiges Epos, die Bacriade, die zum ersten Male unter Karl X. an die Öffentlichkeit kam. Auch andere Schriftsteller nach ihnen haben über das jüdische Algier geschrieben. Vieles davon ist interessant und wäre wert, bekannt zu werden und in einer Geschichte der Juden in Algier zu figurieren.

In allen wichtigen Zeitungen, in allen Bulletins gelehrter Gesellschaften Algiers, in allen Berichten der Forschungsreisenden, seien es nun offizielle oder private, findet man kostbare Dokumente über die Geschichte und die Tradition der algerischen Juden. Alle diese Veröffentlichungen sind in den großen dortigen Bibliotheken zu finden. 1889 grub Eugène Plantié die „Korrespondenz der Deys von Algier an den französischen Hof“ aus der Vergessenheit aus. Diese enorm reiche Sammlung wimmelt von jüdischen Namen. Fast immer werden sie in vorteilhaftem Sinne erwähnt.

Marcel Cohen, Professor an der Schule für orientalische Sprachen, veröffentlichte 1912 ein Werk, betitelt: Die arabischen Redewendungen der Juden von Algier.“ Diese Studie ist originell und in verschiedener Hinsicht interessant, denn der Verfasser gibt viele Details über Sprache, Sitte und Bräuche der algerischen Juden.

Albert Cohn, der große Menschenfreund, der dem Judentum so leidenschaftlich ergeben ist, wurde von dem Hause Rothschild, dem er nahe stand, kurz nach der Eroberung nach Algier geschickt, um dort Studien zu machen. Er brachte einen ausführlichen Bericht mit, in dem die wirtschaftliche und religiöse Lage der Gemeinde klar dargelegt wird. Er berichtet darin auch über die Vergangenheit der algerischen Juden und über ihre große Fähigkeit, sich der französischen Zivilisation anzupassen.

Ich könnte noch viele Namen von Männern aufzählen, die sich mit dem Schicksal der Juden von

Algier intensiv beschäftigt haben. Hier wäre noch ein weites Feld der Entdeckungen. Die alten Archive der Handelskammer von Marseille z. B. bergen noch eine Unmenge Dokumente über die kommerziellen und politischen Beziehungen zwischen Algier und den Mittelmeerländern. Hier müßten noch nähere Untersuchungen angestellt werden, die bestimmt fruchtbar sein würden.

Die Priester, die mit dem Rückkauf der algerischen Sklaven betraut waren, legten nach ihrer Rückkehr in die Heimat meist Rechenschaft in Form von Berichten ab, die oft gedruckt und an diejenigen verteilt wurden, die für die Spesen ihrer Mission aufgekomen waren. Wir besitzen noch einige Exemplare solcher Berichte. Hauptmann Plaifair hat einige in alten Klosterbibliotheken der Bretagne gefunden, in die es ihm gelungen war, einzudringen. Gewöhnlich wurden auf allgemeinen Wunsch als Vermittler bei dieser Rückkaufstätigkeit Juden gewählt. Die katholischen Priester sprechen von ihnen mit viel Sympathie und bewundern ihre Menschlichkeit, ihre anständige Gesinnung und ihr Mitleid, das sie dazu trieb, die Sklaven schon vor ihrer Befreiung aufzusuchen und zu trösten. Könnte man nicht diese Berichte einem breiteren Publikum zugänglich machen? Es wäre eine Ehrenbezeugung für das Judentum Algiers.

Am 25. Oktober 1870 trat ein Dekret in Kraft, durch welches sämtliche algerische Juden auf einmal naturalisiert wurden. Dieses Dekret rief in der Presse die heftigsten Polemiken hervor. Charles du Bouzet verlangte als erster seine Aufhebung in einem offenen Brief, den er an die Deputiertenkammer richtete und der später veröffentlicht wurde. Taupiac, ein bekannter Publizist, widerlegte ihn in einer anderen Broschüre, und bald darauf regnete es nur so Veröffentlichungen über dieses Thema. Crémieux verteidigte sein Werk mit Beredsamkeit und Feuereifer in einer Reihe Publikationen, die nicht in den Handel kamen, aber allen einflußreichen Männern zur Kenntnis gelangten.

Die Erinnerung an die Vergangenheit des Judentums in Algier entschwindet mehr und mehr dem Gedächtnis derer, die es angeht, und ihrer Nachkommen. Wie viele algerische Juden kümmern sich nicht mehr um sie, geschweige denn, daß sie Schritte täten, um sie der Vergessenheit zu entreißen! Die Schriften sind alle noch da, gutes Material liegt vor, aber es ist zerstreut. Wird nicht bald ein algerischer Graetz kommen, der alles Material, alle die vielen Berichte zusammensucht, miteinander in Einklang bringt, Spreu vom Hafer trennt und eine vollständige unparteiische Geschichte des algerischen Judentums schreibt?

Die Vorgänge in Rumänien und ihre Folgen

Eine jüdische Delegation beim rumänischen Innenminister

Bukarest, 20. Juli. Der rumänische Innenminister Vaida-Voevod empfing eine jüdische Delegation, bestehend aus Senator Dr. Meyer-Ebner, den Mitgliedern der rumänischen Deputiertenkammer Josef Fischer und Dr. J. Landau sowie Dr. Marton-Cluj (Klausenburg). In vierstündiger Unterhaltung informierten die Mitglieder der Delegation den Innenminister über die Lage in der Bukowina und in Bessarabien an-Hand von Feststellungen, die sie persönlich machen konnten. Die Delegation forderte: Auflösung der antisemitischen Organisationen, Anwendung des Aufruhrparagrafen gegen alle Hetzer und strenge Maßnahmen gegen einige Vertreter der Behörden, die den antisemitischen Agitatoren Unterstützungen angedeihen ließen, außerdem wurde die Veröffentlichung eines Regierungscommuniqués verlangt, in dem die Haltung der Regierung zu den Unruhen genau präzisiert wird sowie die Herausgabe eines Zirkularschreibens an alle dem Innenministerium untergeordneten Behörden mit der Anordnung, gegen die cuzistische Agitation mit aller Strenge vorzugehen.

Wie in einer vom Jüdischen Parlamentsklub veranstalteten Pressekonferenz von Dep. Landau mitgeteilt wurde, versprach der Innenminister Bestrafung der Schuldigen, erklärte jedoch, den anderen Forderungen der Delegation nicht nachkommen zu können. Er verwies die Delegation an den Justizminister.

*

Eine Konferenz der jüdischen Gemeinden Rumäniens

Wie das Präsidium des Jüdischen Parlamentsklubs mitteilt, hat dieses sämtliche jüdischen Gemeinden des Reiches für Mittwoch, den 23. Juli, zu einer Konferenz nach Bukarest eingeladen. Die Konferenz soll sich mit den letzten antisemitischen Exzessen und der Haltung der Regierung in dieser Frage befassen. Jede Gemeinde wird eingeladen, wenigstens zwei Vertreter zu delegieren.

Sonderbeauftragter Cadere gibt Schuld der lokalen Behörde zu

Czernowitz. In einer Konferenz sämtlicher Bankdirektoren von Suczawa, die von dem in Sondermission entsandten Generalsekretär des Innenministeriums, Victor Cadere, einberufen wurde sagte Cadere über die Ausschreitungen im Bezirke von Suczawa, daß zwei Faktoren Schuld an ihnen tragen: die lokalen Behörden und die ökonomische Krise. Er legte an drastischen Beispielen die Unhaltbarkeit der durch Verschuldung der hohen Zinsen verursachten Wirtschaftslage der Bauern dar und forderte von den Banken, daß sie den Zinsfuß ermäßigen und die Exekutionen wegen unbezahlter Schulden zeitweilig einstellen. Die Leiter der Banken sind diesem Verlangen nachgegeben.

Gegen das Wundlaufen der Füße und gegen Fußschweiß

ist KAISER-BORAX das zuverlässigste und beste antiseptische Heil- und Vorbeugungsmittel. Tägliche Fußbäder mit Zusatz von KAISER-BORAX (2-3 Kaffeelöffel auf ca. 3 Liter Wasser) wirken nicht nur reinigend und erfrischend, sondern besonders auch schweißverhindernd, heilend u. kräftigend; sie verhüten das schmerzhaft Wundwerden und Brennen der Füße und beseitigen den lästigen Schweißgeruch. Bei besonders starkem Fußschweiß empfiehlt es sich, nach dem Baden die Füßsohlen (nach gutem Trockenreiben) mit KAISER-BORAX-Wundpuder zu bestreuen. Beim Einkauf verlange man ausdrücklich die Marke KAISER-BORAX in den roten Originalpackungen mit ausführlicher Gebrauchsanweisung. —

Heinrich Mack Nachf., Ulm a. D.

Mitteilungsblatt der Jüdischen Volkspartei Dresden

Ein Gemeinderat in Nöten

Trauerspiel in 4 Akten mit einem Prolog und einem Nachspiel

Richtiggehende Theatervorstellung im Gemeinderat: Mit einem Helden, welcher droht, sich zwar nicht das Leben, aber das Amt zu nehmen, mit gleich 2 Bösewichtern und zahlreichen Statisten. Das Stück, welches aufgeführt wurde, hieß: „Ein Gemeinderat in Nöten“. Der Inhalt des Stückes ist kurz folgender: Der Held Vorsteher einer Großgemeinde, und seine Anhänger haben durch ihre schlechte Verwaltung die Gemeinde an den Rand des Verderbens gebracht und machen nun krampfhaft aber vergebliche Anstrengungen, um den verfahrenen Karren wieder ins Geleise zu bringen; die dabei angewandten Mittel wirken mehr komisch als tragisch. Das Sujet ist von vornherein für dramatische Behandlung ganz ungeeignet, denn es gibt keine Verwicklungen und keine Konflikte, welche menschlich irgendwie ansprechen könnten; jedes Kind wird sich sagen, daß hier gar keine Probleme und keine Schwierigkeiten vorliegen: Wenn eine Verwaltung sich als unfähig erwiesen hat, und nicht die Fähigkeit besitzt die begangenen Fehler gutzumachen, so gibt es einen sehr einfachen und natürlichen Ausweg: Man legt sein Amt, für das man sich als ungeeignet erwiesen hat, nieder. Das scheint der Held des Stückes auch einen Augenblick lang einzusehen, indem er sein Amt „zur Verfügung stellt“, aber da das Stück unter allen Umständen noch weitere 3 Akte haben muß, läßt er sich von der Minorität des G. R. ein vorher bereits verabredetes Vertrauensvotum aussprechen und bleibt weiter im Amte.

Der 1. Akt beginnt mit der Feststellung des Vorsitzenden, daß 2 der 14 Gemeindeverordneten entschuldigt fehlen, und daß somit der G. R. nicht beschlußfähig sei. Das war ein großes Geheimnis, welches seit Wochen die Spatzen von den Dächern pfeifen, ein Geheimnis, welches dem Helden des Stückes bereits vor längerer Zeit schriftlich bekanntgegeben war; es war ihm bekannt, daß nicht nur diese Sitzung des G. R., sondern auch alle folgenden zur Beschlußfähigkeit verurteilt sind; da aber das Stück nicht hätte aufgeführt werden können, wenn man von dieser feststehenden Tatsache Kenntnis genommen oder gar den G. R.-Mitgliedern Kenntnis gegeben hätte, so verschwiegen man diese Tatsache wie so manche andere und spielte Gemeinderat!

Vor Beginn der eigentlichen Handlung trat dann der eine der „Bösewichte“ auf und sprach einen wohlinstudierten Prolog: Er stellte sich darin mit stolzen Worten das Zeugnis aus, daß er wie ein Ehrenmann gehandelt habe und volle Anerkennung verdiene; das Publikum lächelte ungläubig, und es blieb alles beim alten. Der Stil des Prologes verriet deutlich den Verfasser, insbesondere auch dadurch, daß er wiederum das Wichtigste verschwiegen, die Tatsache nämlich, daß der unschuldige Bösewicht sich auf der Liste der einen Partei aufstellen ließ und die Liste der Gegenpartei wählte. Dieser von ihm selbst bezeugten Tatsache gegenüber wäre es ohne Bedeutung gewesen, daß er sich selber rühmte, sich von dem Mitgliedsbeitrag für die Partei, die ihn gewählt hatte, gedrückt zu haben; die Behauptung, daß man ihn von maßgebender Seite der Mitgliedschaft entbunden habe, klang so lächerlich, daß sie auch von seinen Protektoren kaum ernst genommen wurde; so enthüllte sich dieser Bösewicht als ein Menschlein kleinsten Formates, dem man weder Furcht noch Mitleid, sondern nur stumme Verachtung entgegenbringen konnte, weil ihm sogar der Mut fehlte, seine Schandtat offen zu bekennen.

Noch klüglicher war die Rolle des zweiten „Bösewichtes“, dem man nicht einmal einen Prolog gestattet hatte, der stumm, in sich versunken, den ganzen Abend dasaß, mit den Armen auf den Tisch gestützt und mit den Händen sich vor bösen Blicken schützend. Ein Anblick nicht zum Erbarmen sondern zum Ekel.

Zweiter Akt: Verlesung und Genehmigung des Protokolls. Das Protokoll wurde verlesen, genehmigt konnte es nicht werden, weil eben die Sitzung keine Sitzung und man nicht beschlußfähig war! Im Anschluß an die Verlesung des Protokolls wurde ein scharfer Protest der volksparteilichen Fraktion verlesen gegen die Verschweigung der wichtigsten Tatsachen in diesem Protokoll, und der Held des Stückes mußte stillschweigend zugeben, daß dieser Protest berechtigt, daß das Protokoll tatsächlich falsch und änderungsbedürftig sei.

Ein trauriges Bekenntnis für den verantwortlichen geschäftsführenden Vorsteher einer Gemeinde!

Die Tatsache, daß gegen den klaren Wortlaut des § 11 der Geschäftsordnung das Protokoll nicht an die GR-Mitglieder versandt wurde, wurde damit „erklärt“, daß der GR beschlossen habe, die in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Vervielfältigung des Protokolls durch Veröffentlichung im Gemeindeblatt zu ersetzen; leider wurde nicht ge-

sagt, wann dieser Beschluß gefaßt wurde und wie er lautet, und wir sind durch die Erfahrungen der letzten Zeit gegen solche Behauptungen mißtrauisch geworden. Dies um so mehr, als der Beschluß, wenn er wirklich gefaßt worden ist, vollkommen sinnlos wäre; die von der Geschäftsordnung vorgeschriebene Vervielfältigung des Protokolls für die Mitglieder des GR soll diesen die Gelegenheit geben, das Protokoll auf seine Richtigkeit zu prüfen; wird dasselbe aber ohne diese Prüfung im Gemeindeblatt veröffentlicht, so wird die eventuelle nachträgliche Berichtigung sinn- und zwecklos.

Als Einleitung zum 3. Akt der Tragikomödie wurde sodann ein Teil eines Briefes der JVP an den geschäftsführenden Vorsteher zur Verlesung gebracht, welcher lautet: „Wir finden es tief bedauerlich, daß Sie als geschäftsführender Vorsteher der Gemeinde Herrn Lippmann in diesem verwerflichen Tun bestärkt haben, u. a. durch die Versicherung, daß sein Verhalten nicht den guten Sitten zuwiderlaufe; Herr L. ist sogar in der Lage, eine schriftliche Aufmunterung von Ihnen vorzulegen. Wir wollen nicht verschweigen, daß dieses Ihr Vorgehen in Verbindung mit der Veröffentlichung des letzten (nicht genehmigten!) Gemeindeprotokolls, welches die wichtigsten Tatsachen verschweigt, den letzten Rest des Vertrauens in Ihre Geschäftsführung erschüttert hat.“

Der zweite der neuen Gemeindeverordneten, Herr Meier Schreiber hat, wie Ihnen gleichfalls bekannt ist, seinen Eintritt in den Gemeinderat nur dadurch erkaufen können, daß er sein schriftlich gegebenes Wort gebrochen hat.“

Nach der Verlesung dieser Stelle erklärt der Vorsitzende, daß er es außerordentlich bedauere, wenn ein großer Teil der Gemeindeglieder kein Vertrauen mehr zu ihm habe, zumal er jahrelang im besten Einvernehmen mit den Fraktionsmitgliedern der JVP gearbeitet habe. Er habe sich infolgedessen entschlossen, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Darauf erscheint als deus ex machina der rettende Engel, Herr Schapira, und erklärt, daß die liberale Fraktion das Vorgehen des geschäftsführenden Vorstehers (also ihres Vorsitzenden) billige und ihm „das vollste Vertrauen“ ausspreche. Diese kurze Replik hatte den einen Fehler, daß sie nicht sehr begeistert klang und ganz auffallend nach dem Fraktionszwang der vor der Gemeinderatssitzung abgehaltenen Fraktionssitzung roch. Man kann sehr gut verstehen, daß eine Fraktion, die sich in einer so unglücklichen Lage befindet wie die liberale Fraktion, ihren alten bewährten Führer nicht entbehren kann ohne vollständig zu verfallen und deshalb notgedrungen manches billigt, was sie in Wirklichkeit im höchsten Grade mißbilligen muß. Wir haben nämlich trotz allem und allem von der Mehrzahl unserer Gegner eine bessere Meinung, als daß wir an dem Ernst einer solchen Billigung glauben könnten. (Beweis: Die Zustimmung der liberalen Fraktion zu unserer Behauptung, daß das veröffentlichte Protokoll falsch ist!)

Jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen, daß die JVP nicht im Namen einer großen Anzahl, sondern der Mehrheit der Gemeindeglieder klipp und klar ausgesprochen hat, daß sie das Vertrauen in die jetzige Geschäftsführung verloren hat, und daß nur eine Minorität von GR-Mitgliedern demgegenüber ihr Vertrauen ausgesprochen hat.

Wenn Herr RA Salinger aber diese Tatsache verwunderlich findet, braucht er sich nur das in unseren letzten Artikeln aufgespeicherte Tatsachenmaterial vor Augen zu führen, um das Unbegreifliche sofort begreiflich zu finden. Es genügt eben für den geschäftsführenden Vorsteher einer Gemeinde nicht, daß er versteht, eine Sitzung geschickt zu leiten, sondern es gehören alle jene Eigenschaften dazu, die wir bei der jetzigen Geschäftsführung schon früher, besonders aber während der Dauer der Krise schwer vermissen mußten. Einen neuen Beweis für diese schweren Mängel bietet der

4. Akt dieser Tragikomödie, welche am 16. d. M. aufgeführt wurde, nämlich die sogenannte „Kooptierung“ der Kommissionen: Auf der Tagesordnung stand als Punkt 4: „Ergänzungswahlen zu Ausschüssen usw.“; wiederum mußte der Vorsitzende beschämt erklären, daß man diese Wahlen nicht vornehmen könne, da man nicht beschlußfähig sei, und wiederum half er sich mit einem kühnen Sprung über die Satzung und die Geschäftsordnung hinweg aus dieser fatalen und beschämenden Situation! § 7 der Satzung lautet nämlich folgendermaßen: „Im übrigen ist den Vorstehern die Teilung der Geschäfte unter sich vorbehalten der Genehmigung des Gemeinderates überlassen. Sie dürfen auch im Einverständnis des Gemeinderats Mitglieder desselben und sonstige Gemeindeglieder mit Führung der laufenden Geschäfte in einzelnen Zweigen der Verwaltung beauftragen.“

Daraus geht klar hervor, daß die Wahl von Gemeindegliedern in die Kommissionen lediglich mit Genehmigung des GR vor sich gehen

kann; Herr RA Salinger aber erklärte kraft seiner päpstlichen Autorität, der Vorstand empfehle den noch vorhandenen Mitgliedern der Kommissionen sich „durch Kooptierung“ zu ergänzen; nicht genug damit schlug Herr RA Salinger sogar namens des Vorstandes bestimmte Herren für diese Kooptierung vor; das ist eine offenkundige Umgehung der Satzung, welche dem geschäftsführenden Vorsteher einer Großgemeinde schlecht ansteht und noch verwerflicher erscheint, wenn man bedenkt, daß derjenige welcher die Umgehung des Gesetzes vorschlägt, ein rechtskundiger Mann ist, der selbstverständlich auch die Satzung seiner Gemeinde ganz genau kennt.

Das betrüblichste an diesem ganzen Vorgang aber ist, daß Herr RA Salinger genau weiß, daß diese Kooptierung von Kommissionsmitgliedern eine Farce ist, darauf berechnet, den Kooptierten Sand in die Augen zu streuen und sie für die kommenden Wahlen zu fangen. Jedes Kind weiß, daß Kommissionen kein Recht haben, irgendeinen Beschluß zu fassen, sondern daß sie ausschließlich berechtigt sind, dem GR Vorschläge zu unterbreiten. Da aber die Gemeinde keinen beschlußfähigen GR hat, sind auch eventuelle Vorschläge der Kommissionen sinnlos. Wir zweifeln, ob die Kooptierten unter diesen Umständen diese wenig ehrenvollen Ämter annehmen werden; denen aber, die sich zu diesem niedrigen Handlangerdienst bereit erklären sollten, können wir heute schon sagen, daß sie selbst bald dieselbe Erfahrung machen werden, wie der Vorstand der aufgelösten „Volksvereinigung“, daß nämlich die Stärke des Herrn RA Salinger mehr darin besteht, Versprechungen zu machen als sie zu halten (das ist ein Kapitel, auf welches wir in einem späteren Artikel noch zurückkommen werden).

Eine besonders pikante Unwahrheit leistete sich der geschäftsführende Vorsteher bei dieser Gelegenheit noch durch die freudige Feststellung, daß sogar ein Volksparteiler sich bereit erklärt habe, den Vorsitz in der orthodoxen Kultuskommission zu übernehmen, und daß der Vorstand dieses „Angebot“ gerne angenommen habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß es zur Zeit überhaupt keine orthodoxe Kultuskommission gibt, daß es daher auch keinen Vorsitzenden dieser nichtexistierenden Kommission geben kann, und vor allem, daß sich niemand, also auch kein Volksparteiler „angeboten“ hat, den Vorsitz oder auch nur eine Funktion zu übernehmen. Wahr ist vielmehr nur, daß zwei Gemeindeglieder mit Genehmigung der JVP und einer von ihnen auf schriftliche Bitte des geschäftsführenden Vorsitzenden die notwendigen Funktionen bei der Verlesung aus der Thora versehen, weil selbstverständlich die Thora vorlesung nicht durch die jetzige Krise verhindert oder gestört werden darf.

Wie aber, Herr RA Salinger, sollen wir Vertrauen haben zu einem geschäftsführenden Vorsteher, der sich über Satzung und Geschäftsordnung hinwegsetzt, und der die Wahrheit in der angegebenen Weise entstellt oder verschweigt?!

Die beiden Anträge auf Bewilligung eines Nachkredits von 20 000 Mark und Erhöhung des Steuerprozentes mußten wegen Beschlußunfähigkeit von der Tagesordnung abgesetzt werden. Um aber dieser von Anfang bis Ende beschämenden Sitzung einen würdigen Abschluß zu geben, berichtete Gemeindeverordneter Löwenthal als

Nachspiel über die von uns bereits in der vorigen Nummer erwähnten Gräberschändungen. Ohne Widerspruch zu finden, teilte er mit, daß bereits im Jahre 1927 nicht weniger als 56 Gräber auf dem alten Friedhof exhumiert worden sind, und daß in den letzten Wochen neuerlich von einem zufällig in der Nähe wohnenden Gemeindeglied auf einem Schutthaufen ein Totenschädel und Gebeine von etwa 5 Leichen gefunden wurden, welche gelegentlich eines Baues auf der verkauften Friedhofspartelle ausgegraben und weggeworfen wurden. Der Vorstand hat sich um diese Angelegenheit nicht gekümmert, war darüber auch nicht informiert und konnte keine Auskunft geben.

Wir haben bisher geglaubt, daß Pietät auch für liberale Juden kein leeres Wort ist, die hier geschilderten Ereignisse beweisen, daß für die Dresdner Gemeindeverwaltung auch dieses Wort ein Fremdwort geworden ist.

So gab diese Sitzung von Anfang bis zu Ende ein trübes Spiegelbild des trostlosesten Verfalles innerhalb der Dresdner Gemeindeverwaltung, Zustände, die zum Himmel schreien und die wohl auch das gleichgültigste Gemeindeglied endlich zur Erkenntnis bringen müssen, daß es so nicht weitergehen kann.

Diesem letzteren Gedanken gab denn auch Herr Rabbiner Dr. Wolf beredten Ausdruck, und seine mannesmütigen und vom Herzen kommenden Worte waren der einzige Lichtblick in der Trostlosigkeit und Gottverlassenheit dieser unwürdigen Sitzung. Herr Dr. Wolf führte aus, er wisse nicht, ob es klug sei, nochmals die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gemeinde zu besprechen, da er seinen Standpunkt bereits in der vorigen Sitzung klargelegt habe; er halte dies aber doch für seine unabweiße Pflicht als Rabbiner der Gemeinde, dem das Wohl derselben am Herzen liege. So könne es unmöglich weitergehen, und man sollte daher erwägen, ob nicht doch eine friedliche

Lösung
daß auch
derungen
sei nach
meindem
JVP sei
neuerlich
gung bei

Hier w
legenheit
zu bekun
spiel der
kurzen P
blinder
maßgabe
sie jeden
Nach de
Dr. Wol
Stille, d
käme fü
man ihm
er muss
lassen, c
es wollte
sen Ke
Sterbe
Dann
Herren
die neu
Schreier
lern beg
Schluß
traurigen
die Erke

Vor üb
am 16. d
mann u
aufzuwe
den Zuh
was kan
nur ein
darf? M
stört da
und setz
tisch. I
größte
gen war
nen hat
der Gem
zwei Pu
werden.
einiger
Friedhof
konnte i
Leute b
Maßnah
kommis
den Zuh
mann u
hauses
kung au
sich un
Lokal u
schloß a
in aller

Dr

Ferien
dienst e

Anläß
von Th
Ortsgrup
eine Tra
die Ge
Herzls
Referen
chen, i
wesende
Entschl
feier A
Sperr
seitens
schen P
racham
Rafael
eindruc

Die
Kajeme

H

J

P

u

Lösung möglich sei. Man dürfe nicht übersehen, daß auch liberale Gemeindeglieder gewisse Forderungen der JVP als berechtigt anerkennen. Er sei nach wie vor überzeugt, daß die liberalen Gemeindeglieder den Frieden wollen, auch bei der JVP sei dies zweifellos der Fall. Er erkläre sich neuerlich bereit zur Anbahnung einer Verständigung beizutragen.

Hier war der liberalen Fraktion nochmals Gelegenheit geboten, ihren Friedenswillen ernstlich zu bekunden, aber man brauchte nur das Mienenspiel der maßgebenden Herren während dieser kurzen Rede zu beobachten, um zu erkennen, daß blinder Haß die Gedanken und Handlungen der maßgebenden Herren so vollständig beherrscht, daß sie jeder besseren Einsicht unzugänglich sind. Nach den beherzigenswerten Worten des Herrn Dr. Wolf entstand zunächst eine kurze frostige Stille, dann erklärte der Vorsitzende, er selbst käme für Verhandlungen nicht mehr in Frage, da man ihm ja das Mißtrauen ausgesprochen habe, er müsse es den anderen GR-Mitgliedern überlassen, ob sie Verhandlungen anknüpfen wollen; es wollte aber keiner, und es wurde über diesen Kernpunkt der ganzen Frage kein Sterbenswörtchen mehr geredet.

Dann aber wunderten sich einige der liberalen Herren über die herzhaften Pfuirufe, mit denen die neuen Gemeindevorordneten Lippmann und Schreiber bei ihrem Abgang von ihren eigenen Wählern begrüßt wurden! Wir glauben aber, daß nach Schluß dieser Sitzung, nach Schluß dieser tieftraurigen Tragikomödie auch manchen Liberalen die Erkenntnis aufdämmert:

Das Spiel ist aus!

Dr. Schornstein

Still ruht der See

Vor überfülltem Zuhörerraum begann die Sitzung am 16. d. M. Außer den zwei neuen Herren Lippmann und Schreiber war im Plenum nichts Neues aufzuweisen. Die neuen Verordneten wurden von den Zuhörern zwar nicht mit Beifall begrüßt, aber was kann schon dabei herauspringen, wenn man nur ein Aemtschen hat und am grünen Tisch sitzen darf? Mögen die Leute reden was sie wollen, was stört das uns? So dachten auch unsere Herren und setzten sich zum erstenmal an den Sitzungstisch. Im Plenum selbst herrschte diesmal die größte Ruhe, keine Zwischenrufe oder Bemerkungen waren festzustellen, so friedlich man begonnen hat, so friedlich ging man auseinander. Da der Gemeinderat nicht beschlußfähig war, mußten zwei Punkte von der Tagesordnung gestrichen werden. Als Herr Loewenthal von der Auffindung einiger Totenschädel auf dem alten jüdischen Friedhof berichtete und um Aufklärung bat, da konnte man ein Kopfschütteln bemerken. Manche Leute behaupten, daß die Gemeinde die nötigen Maßnahmen nicht ergriffen hat, um solche Vorkommnisse zu verhindern... Wer konnte es aber den Zuhörern verdenken, daß sie die Herren Lippmann und Schreiber beim Verlassen des Gemeindehauses mit lauten Zurufen begrüßten? Zur Stärkung auf die ausgestandenen Bemerkungen begaben sich unsere neuen Gemeindevorordneten in ein Lokal um ihr neues Aemtschen zu begießen. So schloß auch diese Sitzung mit wenig getaner Arbeit in aller Ruhe. Still ruht der See —

Arje Ben Seew Halevi.

Dresdner Umschau

Jugendgottesdienst

Ferienhalber findet der nächste Jugendgottesdienst erst am 16. August, 6 Uhr nachmittags, statt.

Anlässlich der Wiederkehr des 26. Todestages von Theodor Herzl, veranstaltete die Zionistische Ortsgruppe in den Räumen der Fraternitas Loge eine Trauerfeier. Herr Alfred Berger, Berlin, hielt die Gedächtnisrede. Er wies auf die Verdienste Herzls hin. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam Referent über die Einwanderungssperre zu sprechen, und verlas eine Resolution, die von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde. In der Entschließung heißt es, daß die bei der Trauerfeier Anwesenden auf das schärfste gegen die Sperre protestieren. Diese Entschließung wurde seitens der Zionistischen Ortsgruppe dem britischen Botschafter übermittelt. Mit dem El Mole Rachamim und dem Kaddischgebet von Oberkantor Rafael Hofstein ergreifend vorgetragen, schloß die eindrucksvolle Feier.

Gdud Keren Kajemeth

Die nächste Zusammenkunft des „Gdud Keren Kajemeth“, findet am 23. August, 8.30 Uhr, statt.

Aus der jüdischen Welt

Ein archäologischer Fund aus israelitischer Zeit. Jerusalem. In dem Dorf Kolonieh bei Moza fanden Araber eine Urne, von der angenommen wird, daß sie der israelitischen Periode angehört. Die zunächst provisorisch in Moza untergebrachte Urne wird dem Antiquitäten-Departement in Jerusalem übergeben werden.

Englands Kronprinz bei dem jüdischen Segelflieger Kronfeld. London. Der Prinz von Wales machte gestern in Begleitung des Prinzen Georg einen Besuch bei den Segelfliegern in Ivinghoe. Er zeigte sich sehr begeistert über die Flüge des deutschen Segelfliegers Kronfeld, mit dem er nachher eine längere Unterredung hatte.

Bombenfund in Jerusalem. Jerusalem. In einem Hause der Jerusalem Altstadt wurden, in einem Wasserbehälter verborgen, zwei Bomben entdeckt. Der arabische Hausbesitzer wurde verhaftet.

Schalom Asch in Krakau. Krakau. Auf der Durchreise von Zoppot nach Wien hielt sich der jiddische Dichter Schalom Asch in Krakau auf, wo er das jüdische Viertel und die berühmte alte Synagoge besuchte. Abends war Schalom Asch Gast des Sejndeputierten Dr. Osiat Thon.

Die Entziehung der Konzessionen in Polen. Warschau. Das Finanzministerium hat als Liquidationstermin für die den Juden entzogenen Schankkonzessionen den 31. Dezember d. Js. bestimmt. Prolongierungen sind von der Entscheidung der zuständigen Verwaltungsbehörde abhängig gemacht. Der jüdischen kaufmännischen Vereinigung kommen fortgesetzt Nachrichten zu, aus denen hervorgeht, daß die Gesuche um Prolongierung ohne jede Rücksicht auf die materielle Situation der Betroffenen abgewiesen werden.

Ein Schiedsgericht soll über die Tote-Meer-Konzession entscheiden. London. In Beantwortung einer Anfrage von Ben Tillet sagte der englische Außenminister Henderson im Unterhaus: der französische Botschafter ist dahin informiert worden, daß die britische Regierung bereit ist, den Streit wegen der Konzession zur Ausbeutung der Tote-Meer-Salze einem Schiedsgericht zu übertragen, unter der Voraussetzung, daß die französische Regierung bereit ist, gewissen Bedingungen zuzustimmen.

134 Pfund Hilfsgelder für palästinensische Araber aus dem Hedschas. Jerusalem. Die in Opposition zur palästinensisch-arabischen Exekutive stehende arabische Zeitung „El Karmel“ (Haifa) weist darauf hin, daß der von der Exekutive nach dem Hedschas entsandte Delegierte Subhi Khadra Bey im Hedschas nicht mehr als 134 Pfund als Hilfsgelder für die palästinensischen Araber aufbringen konnte. Das Blatt sieht in dieser Tatsache einen Hinweis dafür, daß der König des Hedschas Ibn Saud mit den Methoden der palästinensisch-arabischen Exekutive nicht einverstanden sei.

Ein jüdischer Arzt, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Krakau. Warschau. Die höchste wissenschaftliche Instanz Polens, die Akademie der Wissenschaften in Krakau, hat dieses Tage den bekannten Warschauer Neurologen und Psychiater Dr. Platau zu ihrem Mitglied ernannt. Nach Mitteilungen der Warschauer Presse hat man Dr. Platau vor einigen Jahren einen Lehrstuhl an der Universität Warschau angeboten, unter der Voraussetzung, daß er zum Christentum übertrete. Dr. Platau hatte dieses Ansinnen zurückgewiesen.

Um eine jüdische Stadtverwaltung in Jerusalem. Jerusalem. In Jerusalem hat sich aus Vertretern aller jüdischen Wohnviertel der Stadt eine Vereinigung mit der Bezeichnung „Hatoschaw“ („Der Bürger“) gebildet. Die Vereinigung hat den Schutz der jüdischen Interessen in Jerusalem zum Zwecke, die seit dem Rücktritt der jüdischen Mitglieder des Stadtrates unvertreten sind. Es wurde beschlossen, gesetzliche Schritte zu unternehmen, um die Errichtung einer gesonderten jüdischen Stadtverwaltung in Jerusalem zu erwirken, in der Art, wie es neben der Stadtverwaltung von Jaffa die gesonderte Stadtverwaltung von Tel Aviv gibt.

Die Steuerlast in Palästina dreimal höher als in Transjordanien. Jerusalem. „Dawar“ kommentiert die von der Regierung veröffentlichten Zahlen über die Einkünfte der transjordanischen Regierung, die bei einer Bevölkerung von 300 000 Einwohnern 258 000 Pfund betragen. Die britische und die Palästina-Regierung haben weitere 70 000 Pfund zum transjordanischen Budget beigetragen. „Dawar“ stellt fest, daß demgegenüber Palästina die Mehrkosten für die Erhaltung der englischen Truppen in Palästina bezahlen muß. Während auf den Kopf des Bewohners von Transjordanien nicht ganz ein Pfund für Steuerbeiträge kommt, zahlen die Bewohner Palästinas im Jahresdurchschnitt drei Pfund pro Kopf.

Die Klagemauer-Kommission hat Palästina verlassen. Jerusalem. Die Klagemauer-Kommission hat am Sonabend, dem 19. Juli, spät abends Jerusalem verlassen. Vertreter der Regierung, sowie Vertreter der Juden und Araber hatten sich zur Abreise der Kommission eingefunden.

Beim Abschluß der Verhandlungen der Klagemauer-Kommission gab der Vorsitzende, Loefgren, in seiner Schlußrede die Anregung, daß der Kommission bis zum 1. September Vorschläge gemacht werden, die geeignet sind, eine arabisch-jüdische Verständigung in der Klagemauer-Frage herbeizuführen.

Keine weiteren Ruhestörungen in Rumänien. Bukarest. Das Innenministerium meldet, daß im ganzen Lande Ruhe herrscht. Weder in der Bukowina noch im Bezirk von Marmarosch sind Zwischenfälle oder Hetzaktionen zu verzeichnen gewesen. Der unter Führung von Corneli Cadreanu beabsichtigte Agitationsmarsch nach Bessarabien ist verboten worden. Die bisherigen Untersuchungen über den Ausbruch der Unruhen haben ergeben, daß die antisemitischen Agitatoren bei den Bauern einen günstigen Boden für ihre Propaganda fanden, weil die ökonomische Lage der Bauern außerordentlich schlecht und die Erregung wegen brutalen Vorgehens der Steuervollzugsbeamten groß ist. Auch wurde festgestellt, daß Lehrer und Geistliche Führer der antisemitischen Bewegung waren.

Jüdische Bevölkerungsbewegung in der Tschechoslowakei im Jahre 1929. Prag. Das Statistische Staatsamt veröffentlicht eben nachstehende Ziffern zur jüdischen Bevölkerungsbewegung im vergangenen Jahre: Es wurden insgesamt zwischen 682 Frauen und 694 Männern jüdischer Nationalität Ehen geschlossen, davon in Böhmen 129—130, Mähren-Schlesien 107—109, Slowakei und Karpathorußland 446—448. Der Größe der Wohngemeinden nach entfielen auf Gemeinden von 10—20 000 Einwohnern 218—222 Ehen, 20—50 000 Einwohner 171—164 Ehen, 50—100 000 Einwohner 16—161 Ehen, mehr als 100 000 Einwohner 133—147 Ehen.

Lebendgeburten von der Nationalität nach jüdischen Müttern gab es im Jahre 1929: 1471, Böhmen 182, Mähren-Schlesien 170, Slowakei-Karpathorußland 1119; Totgeburten: 1077, Böhmen 257, Mähren-Schlesien 182, Slowakei-Karpathorußland 683. Mit den Lebendgeburten steht die jüdische Nationalität mit 19,15 von 1000 Einwohnern der gleichen Nationalität an erster Stelle. Es folgen die Ungarn mit 16,55, Tschechen mit 14,16, die Deutschen mit 10,00. Diese Statistik erstreckt sich nicht auf alle, sondern nur auf die Juden, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen.

Leipziger Umschau
Vereinsnachrichten

Verein jüdischer Händler und Reisender zu Leipzig

Wir machen wiederholt unsere werten Mitglieder darauf aufmerksam, daß unsere Geschäftsstelle sich Blücherstr. 21, III befindet, wo sämtliche Gesuche und Anfragen nach dort zu richten sind. Sprechzeit jeden Sonntag von 9—12 Uhr vormittags.

Ferner geben wir bekannt, daß die Wochenbeiträge der Mitglieder nach wie vor 50 Pf. betragen, und bitten, die rückständigen Beiträge an unseren Inkassanten gefl. zu entrichten.

Jüdische Chorvereinigung, Leipzig

Es sind erfreulicherweise trotz der „heißen Jahreszeit“, in der man ja bekanntlich weniger an Studium und ernstes Singen denkt, eine recht stattliche Anzahl von Anmeldungen eingegangen. Es ist nur zu selbstverständlich, daß ich weitere Anmeldungen erneut erwarte, um so mehr, als ich ja für meine Pläne einen Chor von ca. 100 Personen benötige. Ich bitte deshalb, schon der Organisation halber, die ich durchzuführen habe, trotz der Ferien sich rege zu melden und nicht seine Anmeldung bis nach August aufzuschieben. Ich muß ja schon jetzt künstlerisch und technisch alle Vorbereitungen treffen. Das kann ich nur, wenn die Gesamtheit aller Anmeldungen vor mir liegt! —

Im übrigen bitte ich, nicht von mir schriftlich irgendwelchen Bescheid zu erwarten. Alles, was für unsere Sache von Wichtigkeit ist, werde ich stets an dieser Stelle veröffentlichen.

Musja Gottlieb, Jacobstraße 2.

Herrn-Hüte u. Mützen
Niedrigste Gruppenpreise
Julius Müller
Ecke Petersstr. 30 / Schillerstr. Universitätsstr. 25
und Leipzig-Gohlis, Hallische Str. 87—89



Bitte beachten Sie meine Neueröffnung
Sieben Schaufenster
Schillerstraße
Ecke Universitätsstr. 26
Größtes Herrenhut-Geschäft Leipzig!

Keren Kajemeth Lejlsrael (Jüdischer Nationalfonds), e. V., Leipzig

Spendenausweis: Dr. Körber anl. der Bar Mizwah seines Sohnes Wolfgang M. 18. Auf den Namen: Moses Broder s. A. spendet Herr Bernhard Rosenberg anl. einer Lie 6 M.

Büchsen. Berichtigung: Es muß heißen: I. Holzer 70 M. nicht 0.70 M., Mendel Wydra 6.30, J. Neumann 5.31, I. Vogel & Co. 3.20, I. Celnik 3, Restaurant Zellner 2.22, B. Sender, I. Spielmann, L. u. W. Fuchs, Josef Haber, Gildingorin je 2, Sulamith Neumann 1.51, J. Margulis 1.50, I. u. G. Feldmann 1.41, M. Pfefferblüth 1.20, Gebr. Sigall 1.18, Gebr. Kugler 1.10, D. Dormann, Gebr. Beilin, S. Chwat, I. B. Sachs & Co., E. Salomon, I. Hirsch & Co., S. Preczep je 1, L. Reichwald 0.65, B. Berlinsky 0.52, M. Rotter u. Co., J. Ainmann, M. Kohn, B. Kitnitzky, Ch. Lewertow, I. Stein, O. Baulzer, Garfunkel u. Wanderer, M. Marcus, H. Wandrer, Leibstein, M. Katz, N. Brod u. Sohn, Glikin u. Aisenstadt, Rotter u. Co., je 0.50, L. B. Rabinowitsch u. Co. 0.40, Leon Hoffner 0.25, S. Calmanowitz 0.25, Schächter u. Singer 0.20, Weiß 0.15.

Sport

Jüdischer Arbeiter-Turn- und Sportverein
Für die einzelnen Abteilungen sind folgende Trainingsabende festgesetzt:

Schwimmen. Übungsabend ist bis auf weiteres jeden Donnerstag, abends 19 Uhr, im Carola-Bad, Dufourstraße. Mitzubringen sind 20 Pf. Ein zweiter wöchentlicher Schwimmabend ist in Vorbereitung, und dürfte bereits in kurzer Zeit durchgeführt werden. Auch sind Verhandlungen wegen Ueberlassung der Schwimmhalle im Stadtbad, sowie späterem Trainingsbeginn im Gange. Weitere Mitteilungen hierüber folgen.

Leichtathletik, Handball, Turnen. Übungsabend jeden Dienstag, 19.30 Uhr, auf dem Vorwärts-Sportpark im Connewitzer Wald. (Mit der Linie 13 bis Endstation zu erreichen.) Das Training wird nach Abteilungen getrennt durchgeführt, so daß also

Turner und Leichtathleten nicht mehr zusammen üben.

Fußball. Fußballtraining findet bis auf weiteres ebenfalls jeden Dienstag, abend 19.30 Uhr, auf dem Gelände des Vorwärts-Sportparks im Connewitzer Wald statt. Erstmals bereits am Dienstag, dem 22. Juli.

Für die Abteilungen Leichtathletik, Turnen, Handball und Fußball stehen uns in 14 Tagen bis 3 Wochen die Bauernwiesen an der Kronprinzstraße zur Verfügung. Nach den Schulfrieten werden unsere Turnabende in der 32. Volksschule, Yorkstraße stattfinden.

Anmeldungen werden entgegengenommen an den Übungsabenden von den Abteilungsobmännern und im Vereinslokal der Jüdischen Arbeitergemeinschaft Ranstädter Steinweg 21, jeden Abend von 8 Uhr ab.

Personenstands Nachrichten

a) Geburten

6. Juli 1930: Max Hermann Petruschke und Käthe geb. Wronker, Landsberger Str. 86, eine Tochter „Marion“.

8. Juli 1930: Jeschok Rubin und Emma geb. Rosenberg, Wedellstr. 11, einen Sohn „Manfred“.

15. Juli 1930: Baruch Samuel Reisler und Esther geb. Wuhl, Hallische Str. 238, eine Tochter „Klara“.

b) Todesfälle

15. Juli 1930: Feige Popper, Berliner Str. 58.

17. Juli 1930: Heinia Locker, Böttchergäßchen 9/III.

17. Juli 1930: Isaak Heger, Berliner Str. 60.

17. Juli 1930: Mathilde Klein, Richterstr. 2.

19. Juli 1930: Malwine Brandt, Eisenbahnstr. 6.

Gottesdienstlicher Anzeiger

Gemeindegottesdienste

Sabbatgottesdienst: Freitag, den 25. Juli, Abend-gebet, 19 Uhr, mit Predigt (Rabbiner Cohn); Sonnabend, 26. Juli, Morgengebet, 9 Uhr, Nachmittagsgebet 20.50 Uhr, anschließend Lehrvortrag (Rab-

biner Cohn) Jüdische Volksweisheit im Sprichwort des Talmud; Abendgebet 21.20 Uhr.

Morgengottesdienst an Sonn- und bürgerlichen Feiertagen 7.30 Uhr, werktags 7 Uhr, Abendgottesdienst 19 Uhr.

Synagoge Ez-Chaim, Otto Schillstr. 4

Freitag, den 25. Juli, 19.30 Uhr, Sonnabend, den 26. Juli, 8.30 Uhr, 17 Uhr, Ausgang 21.02 Uhr. Wochentags 7.30 Uhr, 19.30 Uhr.

Talmud Thora-Synagoge, Kellstr. 4

Freitag, den 25. Juli, 19.30 Uhr, Sonnabend, den 26. Juli, 8.30 Uhr, 17 Uhr, Ausgang 21.02 Uhr. Wochentags 7.30 Uhr, 19.30 Uhr.

Synagoge „Obel Jacob“, Pfaffendorfer Straße 4

Freitags 19.30 Uhr, Sonnabends 8.30 Uhr, Mincha 17 Uhr, Ausgang 21.02 Uhr. Wochentags 7 Uhr, Mincha 19.30 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge Chemnitz

Freitag, abends 7 Uhr, Gottesdienst; Sonnabend, vorm. 8.30 Uhr, Gottesdienst und Thoravorlesung. Tägl. Gottesdienst: Morgens: Sonntag, 8 Uhr, Montag bis Freitag 7.15 Uhr, abends 7.15 Uhr.

Geschäftliches

Eine sorgende Mutter ist stets darauf bedacht, jene hygienischen Präparate zu führen, welche die Gesundheit ihrer Angehörigen erhalten und deren Wohlbefinden zu steigern vermögen. Vor allem aber sind es die Kleinsten, denen ihre stete Sorge gilt und sie sucht besonders dem schmerzhaften Wundsein derselben durch peinliche Sauberkeit und wirksame Hautpflege vorzubeugen. Mit bestem Erfolg verwendet sie für diesen Zweck „Kaiser-Borax-Wund- u. Kinder-Puder“, das Erzeugnis der Firma Heinrich Mack Nachf., Ulm a. D., deren sonstige Spezialitäten ebenfalls als erstklassig bekannt sind.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: Jakob Piaschmann, Leipzig, Berliner Straße 56. — Druck: Peuvag, Filiale Leipzig C 1, Czermaks Garten.

WIE unterstützt man seine Zeitung?

MAN VERSUCHE innerhalb seines Bekannten- und Freundeskreises neue Leser zu gewinnen

MAN BENENNE dem Verlag Adressen, die er mit Probenummern beliefert, um sie dadurch als Leser zu gewinnen

MAN SCHENKE gelesene Nummern seinem Verwandten oder seinem Nachbarn

MAN VERLANGE in allen Wirtschaften und öffentlichen Lokalen immer das „Allgemeine Jüdische Familienblatt“

MAN BERICHTE der Redaktion schnellstens über alle wichtigen Ereignisse

MAN VERMEIDE solche Geschäfte, welche es zurückweisen, in das „Allgemeine Jüdische Familienblatt“ zu inserieren

MAN VERWEISE den Geschäftsmann beim Einkauf auf die Reklame in der „AJF“. Er freut sich und inseriert laufend

FINDEN die vorstehenden Merkmale Beachtung, dann tragen auch Sie zu dem weiteren Ausbau des „Allgem. Jüdischen Familienblattes“ bei

KAFFEEHAUS OSKAR LINDNER

Nur feine Back- und Konditoreiwaren eigener Herstellung
Reichsstraße 26 — Blücherstraße 22
Fernruf Nr. 21002

**Gummi-Handschuhe u. Fingerlinge Gummi-Schürzen und -Stiefel Schläuche jeder Art**

für Färberei- und technische Zwecke liefert als Spezialität

Hans Bamberg, Leipzig C1
Oranienbaumer Str. 9 Tel. 52188

Privat-Auto-Fahrschule, Großgarage

Theodor Schneider
Leipzig N 22, Blumenstraße 53-57, Tel. 51851
Erstklassiges Lehrpersonal
Eigene Reparaturwerkstatt

Beschlagnahmefreie Wohnungen in Leipzig-Schönefeld

3 und 4 Zimmer, Küche, Bad, Innenklosett, Etagen-Heizung, ausgebaute Bodenkammer, großer Balkon, per 1. September 1930 zu vermieten. Baukostenzuschuß, 500 M. Anzahlung, Miete 130 M. pro Monat.

Geflügel-Farm

Leipzig O 28, Geithainer Straße 4. Tel. 60763 empfiehlt

täglich frische Trinkeier junge Mast-Hähnchen prima Suppen-Hühner junge Mast-Enten, zu billigsten Preisen. Lieferung frei Haus!

Arno Schwarze**Zwei möbl. Zimmer**

Wohn- und Schlafzimmer (evtl. ein leeres und ein möbl.) an kinderlos. Ehepaar zu verm. Zu erfragen: Ranstädter Steinweg 13, Vorderhaus III links

2 Zimmer

leere, sonnige, an kinderlos. Ehepaar per 1.8.1930 zu vermieten. Gneisenaustraße 1, ptr. I.

Albert Pickardt

Leipzig C 1, Nordstr. 30
Fernsprecher 26267

Bürsten- und Pinselwaren**Schneiderin**

empfehlte sich zur Anfertigung schicker Damenmoden zu mäßigen Preisen. Berliner Str. 6011

Eisenschränke**Elektrische Kühlschränke**

BERNDT, LAX & CO., Thomasgasse 6